

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 32, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3169

## Inhalt:

Alkoholismus und Arbeiterschaft. — Arbeiterausschüsse für Hamburgische Staatsarbeiter. — Der Freisinn auf dem Nürnberger Rathaus. — Stettiner Lohnpolitik. — Königsberger Brief. — Die Lage der städtischen Arbeiter in Magdeburg. — Aus der Praxis für Arbeiterverföderung. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau. — Internationale Mundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verbandsteil. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Alkoholismus und Arbeiterschaft.

„Die gegenwärtige Entwicklung beweist, daß sich in der Arbeiterschaft immer mehr und mehr die Heberzeugung Bahn macht, der übermäßige Alkoholgenuß bedeute eine schwere Gefahr für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiterschaft.“  
(Resolution von unserem Mainzer Verbandstag.)

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen ist diesmal die Alkoholfrage in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit aufgerollt worden. Der Referent, Stadtv. Emanuel Wurm, hat namentlich den Berliner Gasarbeitern durch sein mannhaftes Eintreten für ihre Interessen bekannt. Bevor wir aber dazu übergehen, einiges aus dem hochinteressanten, umfangreichen und beherzigenswerten Referat herauszugreifen, möchten wir vorausschicken, daß ganz besonders der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegen den übermäßigen Alkoholgenuß Stellung nehmen muß aus einer Reihe unüberleglicher Gründe. Sehen wir uns einmal die Frage in den verschiedenen Situationen an:

**Auf der Arbeitsstätte.** Während der mühsame Arbeiter in der Regel pünktlich und gewissenhaft seine Arbeit verrichtet, ist der Trinker meist darauf angewiesen, daß andere Kollegen für ihn mitmachen oder daß die Vorgesetzten „ein Auge zudrücken“. Infolgedessen schmündet das Selbstbewußtsein des Trinkers. Er muß jederzeit befürchten, bestraft oder entlassen zu werden und sucht sich daher durch friedende Unterwürfigkeit oder elende Schmaroberei das Wohlwollen seiner Vorgesetzten zu erhalten. Neben Unedelmütigkeit und Angeberei (Denunziation) ist die Folge Unsicherheit und Angst, seine Stelle zu verlieren, da ein Alkoholiker viel schwerer Arbeit bekommt. Bei gemeinsamen Arbeiten ist der Trinker zumeist der Trübsberger, der andere für sich mitearbeiten läßt. Kommt aber der Vorgesetzte einmal zwecks Kontrolle, so schütet dieser Wadere auf einmal unendlich und tut so, als sei er der beste Arbeiter von allen.

Wir fordern von jedem organisierten Kollegen, daß er seiner Arbeitspflicht gewissenhaft und nach besten Kräften nachkommt. Aus der anderen Seite soll aber der organisierte Kollege auch Mitleid genug sein, unberechtigten Anforderungen und Hebergriffen seitens der Vorgesetzten — die leider nicht gerade selten sind — energisch entgegenzutreten.

**Forderungen und Verbesserungen** sollen von den organisierten Kollegen gemeinschaftlich erhoben werden und niemals auf dem Wege, den nicht selten die Trinker beehrten, nämlich durch Zivilei und Verrat.

Gegenseitige Unterstützung bei schweren Arbeiten, Kameradschaftlichkeit und Selbstsucht soll der organisierte Ar-

beiter auf seiner Arbeitsstätte ausüben. Der Trinker ist dazu nicht imstande. Unter Umständen gefährdet er die Sicherheit des ganzen Betriebes.

**Versammlungsleben und Organisation.** Im allgemeinen sind die Trinker schlechte Versammlungsbesucher. Gehen sie wirklich einmal in die Versammlung, so trinken sie sich vorher noch extra „Mut“ an, beginnen in der Diskussion einen Krakehl und ruhen nicht, bis die Versammlung in ihrem glatten Verlauf gestört ist — wenn es nicht einigen energischen Kollegen gelingt, den oder die Ruhestörer zum Schweigen zu bringen.

Für die Organisation sind die Trinker sehr schwer zu haben, da das Geld besser durch die Kieble wandert. Können als Vertrauensmänner in der Organisation, Arbeiterausschüßmitglieder usw. dürfen ihnen niemals anvertraut werden, da sie die ganze Bewegung in Mißkredit bringen und infolge ihrer häufigen Verfehlungen bei der Arbeit dem Unternehmer bezw. Vorgesetzten nicht energisch entgegenzutreten können.

Bei Lohnbewegungen und Streiks ist in erhöhtem Maße darauf zu achten, daß der Alkoholismus nach Möglichkeit vermieden wird, da ein gemeinsames, planmäßiges Vorgehen ohne alle Aufregung notwendig und zweckdienlich ist zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen.

**Familienleben.** Die erhöhte Ausgabe für Alkohol bringt eine erhebliche Schmälerung des Familienbudgets mit sich. Streit mit der Frau, Vernachlässigung der Kinder usw. sind die Folge. Ein ungeordnetes Hauswesen beginnt. Der Frau, die oftmals ohnehin erheblich mitverdienen muß und dadurch doppelt angepannt ist, wird das Leben zur Hölle. Rauf und wüste Reden treiben den Trinker von neuem in die Kneipe und das Bild des Jammers ist entsetzlich.

Darum sollten die Frauen unserer Kollegen gleichfalls energisch darauf dringen, daß ihre Männer sich in der Organisation betätigen. Besser der Mann geht ein, zwei oder selbst dreimal pro Woche in Versammlungen und Sitzungen, als daß er auch nur einen Abend in der Kneipe bei Trunk und Kartenspiel verbringt; das sollte sich jede denkende Frau sagen! Denn sowie der Teufel Alkohol erst den kleinen Finger beißt, verlangt er alsbald die ganze Hand.

**Fortentwicklung, Menichwürde.** Die Menschheit strebt nach Weiterentwicklung und Fortschritt. Zu allen Zeiten haben die unterdrückten Massen sich nur durch steten Kampf durchgesetzt. Schneller und energischer denn irgendein Beispiel aus der menschlichen Kulturgeschichte ist der Aufstieg der modernen Arbeiterschaft. Sie erfordert aber auch gewaltige Leistungen von jedem einzelnen. Wie die Glieder einer starken Masse sollen alle Kollegen durch ihre Solidaritätsempfinden zusammengedrückt sein. Aber auch der einzelne muß in diesem Rahmen seine Kräfte anspannen, um ein würdiges, unzerbrechbares Glied dieser Masse zu sein. Darum soll ein jeder an seiner Fortentwicklung arbeiten. Er soll nach Bildung und Wissen streben und den Feind allen Fortwärtstrebens — den Alkohol — bekämpfen und von sich abschütteln.

So wird ihm in erhöhtem Maße zu eigen werden der Trieb zu höheren Zielen, die Erkenntnis der Vorgänge im wirtschaftlichen und politischen Leben, und überall wird ihm als Leitfaden dienen seine Menschenwürde, die er als das vornehmste Kleinod bewahren soll.

Hören wir nun im Auszuge den Referenten des Eisener Parteitages selbst:

Was ist eigentlich Alkohol? Der Alkohol entsteht aus dem Zucker bei der Gärung. Der Zucker wird dabei in eine wässrige Lösung versetzt: in Alkohol und Kohlensäure. Was wir trinken, ist nie reiner Alkohol, sondern immer gemischt mit Wasser. Selbst der stärkste Schnaps muß mindestens noch 40 Proz. Wasser enthalten; ohne Wasser ist es unmöglich, den Alkohol zu genießen. Wie aber auch der Alkohol in einem Getränk verdünnt ist, immer ist die Einwirkung auf den Organismus die gleiche, eine Einwirkung, die von Laien überschätzt und falsch beurteilt wird. Die Einwirkung ist nämlich eine lebende und das, was wir als Anregung empfinden, ist nur eine Sinnestäuschung. Der Alkohol lähmt zunächst die Nervenfasern, die sich bei der Zirkulation des Blutes in unserem Körper zusammenziehen. Infolgedessen erweitern sich die Blutgefäße, die Haut wird blutreicher, sie rötet sich, man kennt ja die rote Nase. Der Blutzufluß ist ein stärkerer, aber auch die Abfuhrung ist stärker als sonst, so daß in Wirklichkeit der Alkoholgenuss nicht erwärmend, sondern erkaltend wirkt. Wir bekommen im ersten Augenblick ein Wärmegefühl, innerlich aber tritt eine Abfuhrung ein, und daher kommt es, daß bei Mäßen durch Pruntnwein genuss das Erhitzen beschleunigt und nicht aufgehoben wird. Wir fühlen uns nach dem Alkoholgenuss gekräftigt, es wird ein Gefühl des Wohlbehagens hervorgerufen, wie es nach der Zärtigung nach der Zufuhr normaler Speisen bei uns erscheint, und dieses Gefühl täuscht uns vor, daß der Alkohol unseren Hunger stillt, während er in Wirklichkeit so gut wie nichts zur Ernährung beiträgt. Das Hungergefühl wird nur gelähmt, nicht entfernt. Auch die geistigen Erscheinungen, die sich an den Alkoholgenuss anknüpfen, sind nichts weiter wie Lähmungserscheinungen, obwohl sie uns als Erregungserscheinungen bewußt werden. Das Müdigkeitsgefühl wird durch den Alkohol nicht gelähmt, es kommt nur nicht zum Bewußtsein. Alle diese Wirkungen werden noch gesteigert durch die Kohlensäure, die auf die Schleimhaut des Magens so wirkt, daß sie inlände ist, den Alkohol rascher hindurchschleusen zu lassen. Vor allem ist von Einfluss auf die Wirkung des Alkohols die Beschaffenheit des Magens an sich. Je leerer der Magen ist, um so rascher dringt der Alkohol in den Organismus ein. Bei einzelnen rufen der Alkohol Krankheitsercheinungen hervor, es entsteht zunächst Übelkeit und Schwinden, die Organe sind schließlich nicht mehr widerstandsfähig, es treten Magen- und Darmstörungen ein, dem Trinker schmeckt kein Essen mehr, infolgedessen trinkt er noch mehr. Durch die viele Flüssigkeit, den Wasserreichtum des Lieres, wird eine Vergärung des Hergens hervorgerufen, und diese führt wieder zu Erregungen verschiedener Art. Es treten Nierenkrankheiten und Leberanschwellungen ein, der Stoffwechsel leidet, dazu gesellt sich die Nervenvergiftung. Durch den Alkoholgenuss wird die Arbeitsfähigkeit herabgesetzt und die Sicherheit der Arbeiter beeinträchtigt, so daß sie in höherem Maße Unfällen ausgesetzt sind. Medner erläutert die spezielle Schädlichkeit von Wein, Bier und Pruntnwein, sobald sie in größeren Mengen genossen werden. Besonders schädlich ist der Korn- sowie der Kartoffelschnaps, bei den preussischen Junkern mittels ihrer Brennereien die Tausen füllt.

Die Frage, ob Mäßigkeit oder Abstinenz, ist individuell zu entscheiden unter Berücksichtigung des sozialen Milieus, d. h. der einzelne muß seine Person prüfen, ob er bis zu dieser Grenze gehen kann, er muß ferner seine soziale Lage beurteilen können, ob er nicht durch die äußeren auf ihn einwirkenden Schädigungen zu jenen gehört, die widerstandsunfähig sind. Ernährung, Alter, Geschlecht sind von entscheidendem Einfluss. Es gibt große Massen, die infolge ihrer Lage unbedingt nötig hätten, den Alkohol völlig zu vermeiden. Und leider ist es so, daß gerade die Schichten, die durch äußere Verhältnisse zum Alkohol getrieben werden, ihn eigentlich vermeiden müßten, weil er auf sie verderblich einwirkt. Eines der grausamsten Verbrechen, das Eltern an ihren Kinder begehen können, ist es, wenn sie ihnen den Alkohol in irgend einer Form geben.

Medner weist den Zusammenhang des Trinkens mit den sozialen Verhältnissen nach.

Die Ursache des Alkoholmisses bei der Arbeit entspringt zunächst der geistigen Überermüdung durch zu lange Arbeitszeit. Darüber sind wir uns alle einig, auch die Kreise im bürgerlichen Lager, die sich sonst um soziale Fragen nicht kümmern. Nehmen wir jene Betriebe, in denen durch den Staub Düst erzeugt wird, wo aber niemand dafür sorgt, daß die Arbeiter Getränke haben, die nicht alkoholisch sind. Für einige Stills- und Kommunalbetriebe hat man ja endlich in den letzten Jahren vor geschrieben, daß die Arbeiter alkoholfreie Getränke bekommen.

Aber die große Mehrzahl der Unternehmer erklärt noch immer frech: Ihr dürft keinen Alkohol trinken, um jedoch nichts, um das Durstgefühl des Arbeiters zu stillen oder um dafür zu sorgen, daß der Arbeiter überhaupt nicht erst Düst bekommt. Dann haben wir die zahlreichen anderen Arbeiterkategorien, die bei hoher Hitze zu arbeiten gezwungen sind.

Wir verlangen nicht allein, daß in jenen Betrieben alkoholfreie Getränke bereit gestellt werden, sondern wir verlangen vor allem die Beseitigung jener Verhältnisse, die Staub, Düst usw. hervorgerufen. Infolge der Verteuerung der Lebensmittel und der niedrigen Löhne erfolgt Unterernährung. Zu der Verteuerung der Lebensmittel kommt dann noch die unheimlichste Zubereitung der Speisen, die den Arbeiter zwingt, sie mit einem Schluck herunterzuschlucken. Die Ursache dieser unschmackhaften Zubereitung hängt natürlich damit zusammen, daß die Löhner der Arbeiter meist von Jugend auf in den Fabriken sind, und daß die Frauen vielfach in großer Hast das Essen bereiten müssen. So lange man in der Schule die Mädchen in der Hauswirtschaft nur lehrte, was im Katholismus steht, aber sie ohne Abnung davon läßt, was notwendig ist zur irdischen Glückseligkeit, um gesund und kräftig zu werden, wenn man von einer Ernährungslehre in der Schule nichts weiß, sondern nur hier und da einmal modischen Erwidert, dann ist es kein Wunder, wenn die Arbeiterfrauen nicht kochen können, wenn sie dem Mann ein Essen vorsetzen müssen, daß er abgeworfen ist, es herunterzuschlucken, weil es ihm nicht schmeckt. Ein weiteres Heilmittel für den Arbeiter, zu trinken, besteht vielfach in dem Zwang, seine Mahlzeit im Wirtshaus einzunehmen. Dort wird er nicht nur durch den Trinkzwang, sondern auch dadurch zum Trinken veranlaßt, daß die Speisen hart gebacken und gepöckelt sind, natürlich auch wieder gerade zu dem Zwecke, um zum Trinken anzuregen, wozu noch kommt, daß dem schon verdorbenen Magen die Speisen nur in dieser scharf gewürzten Zubereitung schmecken, und endlich, daß die billigen Materialien zum Essen ohne diese Gewürze ganz ungenießbar wären. Deswegen fordern wir Erholungsräume für die Arbeiter, wo sie ihre Mahlzeiten einnehmen können. So gut bei Errichtung jeder Fabrik danach gefragt wird, ob nicht die Anwohner durch Ausdünstungen, Gerüche, Abwässer geschädigt werden, so müßte es auch jedem Unternehmer zur Pflicht gemacht werden, Erholungsstätten für die Arbeiter in der Fabrik zu errichten, wo sie auch Nahrung bekommen, die ihren Bedürfnissen entspricht.

Wegen des Mißbrauchs geistiger Getränke 1902 wurde von dem badischen Gewerbeinspektor Dr. Fuchs betont: Unter den wirtschaftlichen Schäden der Zeit wächst der Alkoholgenuss. Schlechte Wohnungsverhältnisse, geringe Löhne, geistliche Arbeitsverhältnisse, sie alle treiben den Arbeiter in die Düstillation; auch der relative Mangel an Bildungsstätten treibt ihn dahin. Wenn man in manchen Kreisen die Arbeiterorganisationen mißtrauisch behandelt und sogar zu unterdrücken sucht, so treibt man die Arbeiter in solche Vereine, in denen der Alkoholgenuss jede geistige Regung unterdrückt. Wir sind damit einverstanden, daß der Genuss von Pruntnwein bei der Arbeit vollständig verboten und der Genuss alkoholischer Getränke möglichst eingeschränkt wird, aber unter der Bedingung, daß das Unternehmen verpflichtet ist, den Arbeitern dafür andere entsprechende Getränke zu geben. Es ist nicht wahr, daß man mit dem Trunkwasser auskommt, das befreit nicht die Düstempfindung. In einigen Staats- und Kommunalbetrieben ist bereits dafür gesorgt, daß die Arbeiter die Möglichkeit haben, Maffee, Milch, Tee, Selterwasser und Limonaden zu billigen Preisen zu erhalten, und da nimmt der Bier- und Pruntnweinkonsum erheblich ab. (Weiter lassen diese Einrichtungen jenseits der Kommunen noch viel zu wünschen übrig! D. M.) Der Alkohol soll keine Beistie sein, sondern er darf für den normal ernährten Menschen nur ein Genussmittel sein.

Der Referent geht dann auf das Verhältnis von Mäßigkeit und Abstinenz ein und erklärt sich für die Mäßigkeit. Nach Klarlegung der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen in den verschiedenen Ländern erläutert der Referent ausführlich die Stellungnahme der ausländischen Bruderparteien zur Alkoholfrage.

Was wir verlangen im Kampfe gegen den Alkohol ist, daß wir unsere ganze politische und gewerkschaftliche Macht einsetzen, um die Ursachen zu beseitigen, die den Alkoholmiss hervorgerufen. Vielen wir unseren Einfluss in den Gewerkschaftsverwaltungen auf, daß sie mütterliche Einrichtungen schaffen, daß Erfrischungsgelegenheiten geboten werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Schule aufläuternd wirkt, daß die Kinder belehrt werden, aber ebenso auch die Eltern. Die jugendlichen Arbeiter müssen die Widerstandskraft haben, sich jeden Alkoholgenusses zu enthalten. Erfolgreich ist, daß die Gewerkschaften mit solcher Energie den Kampf gegen den Alkohol aufgenommen haben, daß sie für die Aufklärung und Belehrung ihrer Mitglieder sorgen und dem Alkoholmißbrauch Einhalt gebieten.

Wir wollen unseren Weg gehen, wie wir ihn bisher gegangen sind zum Segen der Arbeiterklasse, zur Befreiung aller Verhältnisse und damit auch zur Befreiung dieses einen äußersten Symptoms; wir können aber nicht zugeben, daß die Alkoholfrage bekämpft werden kann als Symptom für sich ohne Zusammenhang

mit seinen sozialen Zuständen, sie ist ein Teil davon, und ihre Bekämpfung allein wäre genau so unsinnig, als wenn wir die Tuberkulose allein für sich bekämpfen wollten, ohne ihre wirtschaftlichen Ursachen zu beseitigen. Gebt dem Volke genug zu essen, gebt ihm Wohnungen, gebt ihm Freiheit, dann wird es den Alkoholkrauteln dorthin jagen, wohin er gehört!

Es erfolgte die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die Gefahren des Alkoholgenußes sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Tiefsten Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Überanstrengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Missetaten und die aus ihnen hervorgegangenen Trinksitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entzogen werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen in der Regel den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Straßgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Kosten für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteil erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des Alkoholismus können weder durch Zwangs- und Straßgesetze noch durch Steuererlasse eingedämmt oder gar beseitigt werden. Trunksuchtsgesetze zur Bekämpfung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmegerichte gegen die arme Bevölkerung, da sich die Leiden ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wie jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen; aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Öffentlichkeit des Wirtschaftens in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Chinwein) steigert infolge deren Besteuerung nur den Verbrauch von Brautwein. Je höher aber die Steuer auf Wein, desto mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholgefahr fordert der Parteitag: Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden, Verbot der Nacharbeit oder bei ununterbrochenem Betriebe ausreichender Schichtwechsel, genügende Ruhepausen während der Arbeit, Verbot des Kredittrens und Verkaufens oder Vorkaufs an Stelle von Verbot aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren Angestellte an die von ihnen beschäftigten Arbeiter (Trunksystem), anstandsloses Verbot der Stellenvormittlung in Verbindung mit Schankbetrieb, Kleinhandel mit alkoholischen Getränken und Verhinderung, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuern den indirekten Steuern sowie des Woben- und Wohnungswuchers.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Verhältnissen des Mannheimer Parteitages über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Vorkassen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Einfluß zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Tiefsten allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt im Alkoholmißbrauch Genuß und Vergnügen zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Beseitigung von Verelendung und Unterdrückung Genugtuung, Erleichterung und Freude zu finden.

Auf Weisung des Parteitages wird das 21-stündige Referat gedruckt und allgemein verbreitet werden. Wir möchten den dringenden Wunsch an alle Kollegen richten, bei der Herausgabe mit Eifer diese Ausführungen zu lesen und — soweit das noch nicht geschieht — strifte danach zu handeln!

## Arbeiterausschüsse für hamburgische Staatsarbeiter.

Am Vorabend der letzten großen Staatsarbeiterversammlung vom 9. August d. J., welche sich mit der Durchführung der von den Staatsarbeitern gestellten Forderungen beschäftigten und, wie vorher angekündigt, auf die in allem ablehnende Haltung des Senats ein „Entweder — oder!“ sprechen sollte, ließ der Senat öffentlich — auf einem ganz ungewöhnlichen Wege, nämlich durch die Tagespresse — bekanntgeben, daß in den Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter demnächst „grundlegende Änderungen“ erfolgen würden. Die Staatsarbeiter sollten einen geregelten Sommerurlaub bekommen und zum 1. Januar 1905 in allen Betrieben, in welchen mehr als 100 Arbeiter beschäftigt sind, Arbeiterausschüsse eingeführt werden. Wie diese Forderung hinsichtlich des Sommerurlaubs eingelöst worden ist, hat „Die Gewerkschaft“ bereits berichtet. Noch viel weniger werden die Arbeiterausschüsse befriedigen, wenn diese nämlich nach dem für sie von der Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter entworfenen Modell eingerichtet werden. Die Kommission hat folgenden „Entwurf“ herausgegeben:

### Satzungen für den Arbeiterausschuss der . . .

§ 1. Der Ausschuss hat den Zweck, der Arbeiterschaft des staatlichen . . . Betriebes Gelegenheit zu geben, durch ordnungsmäßig selbstgewählte Vertreter sich an der Regelung allgemeiner Fragen und Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses zu beteiligen.

Er hat insbesondere die Aufgabe:

1. Über Änderungen und Ergänzungen der Dienstrechnung und anderer von der Verwaltung vorgelegter Fragen sich gutachtlich zu äußern.

2. Auf die Gefahren und Uebelstände in den Betriebseinrichtungen aufmerksam und zur timely Beseitigung derselben Vorschläge zu machen.

3. Anträge, Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art, welche die Arbeiterschaft im ganzen oder größere Kategorien derselben angehen, zu erörtern.

4. Über die Einführung neuer und die Verbesserung bestehender Wohlfahrtseinrichtungen sich zu äußern.

§ 2. Der Ausschuss besteht aus neun Mitgliedern, welche aus der Mitte der Arbeiter gewählt werden.

§ 3. Wahlberechtigt sind alle volljährigen Arbeiter, welche seit mindestens einem Jahre im Dienste der Verwaltung beschäftigt sind und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen.

Wählbar sind solche Arbeiter, welche mindestens 30 Jahre alt sind, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und die für die betreffenden Wahlabteilungen (§ 4. vorgeschriebene, mindestens jedoch ein dreijährige Dienstzeit bei der Verwaltung zurückgelegt haben.

§ 4. Die Wahlen erfolgen getrennt in drei Wahlabteilungen, von denen jede aus ihrer Mitte drei Mitglieder und sechs Ersatzmänner durch verdeckte Stimmzettel wählt. Die erste Abteilung setzt sich zusammen aus den weniger als fünf Jahre, die zweite Abteilung aus den fünf bis zehn Jahre und die dritte Abteilung aus den länger als zehn Jahre ununterbrochen bei der Verwaltung beschäftigten Arbeitern.

Als gewählt zu Ausschussmitgliedern gelten in jeder Abteilung diejenigen drei Arbeiter, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die in der Stimmenzahl nachfolgenden sechs sind Ersatzmänner, welche in der Reihenfolge der auf sie gefallenen Stimmenzahl in erledigte Mitgliedsstellen eintreten. Stimmen, welche auf Nichtwählbare entfallen oder die Gewählten nicht deutlich bezeichnen, werden nicht mitgezählt. Bei Stimmzetteln, welche zu viele Namen enthalten, gelten nur die voranstehenden. Unter Personen, welche gleich viele Stimmen erhalten haben, entscheidet das Los.

§ 5. Die Wahlperiode dauert drei Jahre und beginnt mit dem . . .

§ 6. Das Amt als Ausschussmitglied erlischt, wenn der Arbeiter aus dem Dienst der Verwaltung ausscheidet, sein Amt niederlegt oder strafrechtlich zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafe verurteilt wird.

§ 7. Die Mitglieder verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich, bekommen aber die veränderte Arbeitszeit und besonders veranlagtes Jahrgeld vergütet.

§ 8. Die Wahlhandlung leitet ein von dem ersten Beamten bezeichneter Arbeiter oder Beamter, welcher zu seiner Unterstützung zwei wahlberechtigte Arbeiter heranziehen kann.

In jeder Wahl ist die betreffende Abteilung drei Tage vorher unter Mitteilung des Ortes, der Zeit und der Zahl der zu wählenden Mitglieder durch Anschlag einzuladen.

Vor dieser Bekanntgabe ist ein Verzeichnis der Wahlberechtigten und der wählbaren Arbeiter zur Einsicht anzulegen. Werden gegen dieses Verzeichnis, in dem auch die Zugehörigkeit der Wahlberechtigten zu den einzelnen Abteilungen festzustellen ist, binnen einer Woche Einsprüche nicht erhoben, so bildet es die Grundlage für die Zulassung zur Wahl. Ilber Einsprüche entscheidet endgültig die Verwaltung.



So wird ihm in erhöhtem Maße zu eigen werden der Trieb zu höheren Zielen, die Erkenntnis der Vorgänge im wirtschaftlichen und politischen Leben, und überall wird ihm als Leitstern dienen seine Menschenwürde, die er als das vornehmste Merkmal bewahren soll.

Hören wir nun im Auszuge den Referenten des Essener Parteitagcs selbst:

Was ist eigentlich Alkohol? Der Alkohol entsteht aus dem Zucker bei der Gärung. Der Zucker wird dabei in eine wässrige Lösung versetzt: in Alkohol und Kohlenensäure. Was wir kaufen, ist nie reiner Alkohol, sondern immer gemischt mit Wasser. Selbst der stärkste Schnaps muß mindestens noch 40 Proz. Wasser enthalten; ohne Wasser ist es unmöglich, den Alkohol zu genießen. Wie aber auch der Alkohol in einem Getränk verdünnt ist, immer ist die Einwirkung auf den Organismus die gleiche, eine Einwirkung, die von Laien überdacht und falsch beurteilt wird. Die Einwirkung ist nämlich eine lebende und das, was wir als Anregung empfinden, ist nur eine Sinnestäuschung. Der Alkohol lähmt zunächst die Nervenfaser, die sich bei der Zirkulation des Blutes in unserem Körper ausbreiten. Infolgedessen erweitern sich die Blutgefäße, die Haut wird blutroter, sie rötet sich, man kennt ja die rote Nase. Der Blutzufluß ist ein stärkerer, aber auch die Abfuhr ist stärker als sonst, so daß in Wirklichkeit der Alkoholgenuss nicht erwärmend, sondern erhaltend wirkt. Wir bekommen im ersten Augenblick ein Wärmegefühl, innerlich aber tritt eine Abkühlung ein, und daher kommt es, daß bei Mähe durch Wein- oder Schnapsgenuss das Erfrieren beschleunigt und nicht aufgehalten wird. Wir fühlen uns nach dem Alkoholgenuss gekräftigt, es wird ein Gefühl des Wohlbehagens hervorgerufen, wie es nach der Sättigung nach der Zufuhr normaler Speisen bei uns erscheint, und dieses Gefühl täuscht uns vor, daß der Alkohol unseren Hunger stillt, während er in Wirklichkeit so gut wie nichts zur Ernährung beiträgt. Das Hungergefühl wird nur gelähmt, nicht beseitigt. Auch die geistigen Erscheinungen, die sich an den Alkoholgenuss anknüpfen, sind nichts weiter wie Nahrungsercheinungen, obwohl sie uns als Erregungsercheinungen bewußt werden. Das Müdigkeitsgefühl wird durch den Alkohol nicht gelähmt, es kommt nur nicht zum Vorschein. Alle diese Wirkungen werden noch gesteigert durch die Kohlenensäure, die auf die Schleimhaut des Magens so wirkt, daß sie imstande ist, den Alkohol rascher hindurchschleusen zu lassen. Vor allem ist von Einfluß auf die Wirkung des Alkohols die Beschaffenheit des Magens an sich. Je leerer der Magen ist, um so rascher dringt der Alkohol in den Organismus ein. Bei einzelnen ruft der Alkohol Mangelerscheinungen hervor, es entsteht zunächst Heißerkeit und Durst, die Organe sind schließlich nicht mehr widerstandsfähig, es treten Magen- und Darmstörungen ein, dem Trinker schmeckt kein Essen mehr, infolgedessen trinkt er noch mehr. Durch die viele Flüssigkeit, den Wasserreichtum des Pieres, wird eine Vergärung des Herzens hervorgerufen, und diese führt wieder zu Entzündungen verschiedener Art. Es treten Nierenkrankheiten und Leberanschwellungen ein, der Stoffwechsel leidet, dazu gesellt sich die Nervenerkrankung. Durch den Alkoholgenuss wird die Arbeitsfähigkeit herabgesetzt und die Sicherheit der Arbeiter beeinträchtigt, so daß sie in höherem Maße Unfällen ausgesetzt sind. Redner erläutert die spezielle Schädlichkeit von Wein, Bier und Branntwein, sobald sie in größeren Mengen genossen werden. Besonders schädlich ist der Korn- sowie der Kartoffelschnaps, der den preussischen Junkern mittels ihrer Brennereien die Taschen füllt.

Die Frage, ob Mäßigkeit oder Abstinenz, ist individuell zu entscheiden unter Berücksichtigung des sozialen Milieus, d. h. der einzelne muß seine Person prüfen, ob er bis zu dieser Grenze gehen kann, er muß ferner seine soziale Lage beurteilen können, ob er nicht durch die äußeren auf ihn einwirkenden Schädigungen zu jenen gehört, die widerstandsunfähig sind. Ernährung, Alter, Geschlecht sind von entscheidendem Einfluß. Es gibt große Massen, die infolge ihrer Lage unbedingt nötig hätten, den Alkohol völlig zu vermeiden. Und leider ist es so, daß gerade die Schichten, die durch äußere Verhältnisse zum Alkohol getrieben werden, ihn eigentlich vermeiden müßten, weil er auf sie verderblich einwirkt. Eines der grausamsten Verbrechen, das Eltern an ihren Kinder begehen können, ist es, wenn sie ihnen den Alkohol in irgend einer Form geben.

Redner weist den Zusammenhang des Trinkens mit den sozialen Verhältnissen nach.

Die Ursache des Alkoholgenusses bei der Arbeit entspringt zunächst der geistigen Uebermüdung durch zu lange Arbeitszeit. Darüber sind wir uns alle einig, auch die Kreise im bürgerlichen Lager, die sich sonst um soziale Fragen nicht kümmern. Nehmen wir jene Betriebe, in denen durch den Staub Durst erzeugt wird, wo aber niemand dafür sorgt, daß die Arbeiter Getränke haben, die nicht alkoholisch sind. Für einige Staats- und kommunalbetriebe hat man ja endlich in den letzten Jahren vorgeschrieben, daß die Arbeiter alkoholfreie Getränke bekommen.

Aber die große Mehrzahl der Unternehmer erklärt noch immer stich: Ihr dürft keinen Alkohol trinken, tut jedoch nichts, um das Durstgefühl des Arbeiters zu stillen oder um dafür zu sorgen, daß der Arbeiter überhaupt nicht erst Durst bekommt. Dann haben wir die zahlreichen anderen Arbeiterkategorien, die bei hoher Hitze zu arbeiten gezwungen sind.

Wir verlangen nicht allein, daß in jenen Betrieben alkoholfreie Getränke bereit gestellt werden, sondern wir verlangen vor allem die Beseitigung jener Verhältnisse, die Staub, Hitze usw. hervorgerufen. Infolge der Verteuerung der Lebensmittel und der niedrigen Löhne erfolgt Unterernährung. Zu der Verteuerung der Lebensmittel kommt dann noch die ungeschmackhafte Zubereitung der Speisen, die den Arbeiter zwingt, sie mit einem Schluck herunterzuschlucken. Die Ursache dieser ungeschmackhaften Zubereitung hängt natürlich damit zusammen, daß die Löhner der Arbeiter meist von Jugend auf in den Fabriken sind, und daß die Frauen vielfach in großer Eile das Essen bereiten müssen. So lange man in der Schule die Mädchen in der Hauskunde unterrichtet, was notwendig ist zur irdischen Glückseligkeit, um gesund und kräftig zu werden, wenn man von einer Ernährungslehre in der Schule nichts weiß, sondern nur hier und da einmal Kochkurse erteilt, dann ist es kein Wunder, wenn die Arbeiterfrauen nicht kochen können, wenn sie dem Manne ein Essen vorsetzen müssen, daß er gezwungen ist, es hinunterzuschlucken, weil es ihm nicht schmeckt. Ein weiteres Reizmittel für den Arbeiter, zu trinken, besteht vielfach in dem Zwang, seine Mahlzeit im Wirtshaus einzunehmen. Dort wird er nicht nur durch den Trinkzwang, sondern auch dadurch zum Trinken veranlaßt, daß die Speisen stark gesalzen und gepfeffert sind, natürlich auch wieder gerade zu dem Zweck, um zum Trinken anzuregen, wozu noch kommt, daß dem schon verdorbenen Magen die Speisen nur in dieser idiosyncrasie gewürzt zubereitet werden, und endlich, daß die billigen Materialien zum Essen ohne diese Gewürze ganz ungeschmackhaft wären. Deswegen fordern wir Erholungsräume für die Arbeiter, wo sie ihre Mahlzeiten einnehmen können. So gut bei Errichtung jeder Fabrik danach gefragt wird, ob nicht die Anwohner durch Ausdünstungen, Gerüche, Abwässer geschädigt werden, so müßte es auch jedem Unternehmer zur Pflicht gemacht werden, Erholungsstätten für die Arbeiter in der Fabrik zu errichten, wo sie auch Nahrung bekommen, die ihren Bedürfnissen entspricht.

Obgen den Mißbrauch geistiger Getränke 1902 wurde von dem badischen Gewerbeinspektor Dr. Koch betont: Unter den wirtschaftlichen Schäden der Zeit wächst der Alkoholgenuss. Schlechte Wohnungsverhältnisse, geringe Löhne, gefährliche Arbeitsverhältnisse, sie alle treiben den Arbeiter in die Dittillation; auch der relative Mangel an Bildungsstätten treibt ihn dahin. Wenn man in manchen Kreisen die Arbeiterorganisationen mißtrauisch behandelt und sogar zu unterdrücken sucht, so treibt man die Arbeiter in solche Vereine, in denen der Alkoholgenuss jede geistige Regung unterdrückt. Wir sind damit einverstanden, daß der Genuss von Branntwein bei der Arbeit vollständig verboten und der Genuss alkoholischer Getränke möglichst eingeschränkt wird, aber unter der Bedingung, daß das Unternehmen verpflichtet ist, den Arbeitern dafür a. d. entsprechende Getränke zu geben. Es ist nicht wahr, daß man mit dem Trinkwasser auskommt, das befreit nicht die Durstempfindung. In einigen Staats- und kommunalbetrieben ist bereits dafür gesorgt, daß die Arbeiter die Möglichkeit haben, Kaffee, Milch, Tee, Zelterwasser und Limonaden zu billigen Preisen zu erhalten, und da nimmt der Bier- und Branntweinconsum erheblich ab. Leider lassen diese Einrichtungen seitens der Kommunen noch viel zu wünschen übrig! (D. R.) Der Alkohol soll keine Beistunde sein, sondern er darf für den normal ernährten Menschen nur ein Genussmittel sein.

Der Referent geht dann auf das Verhältnis von Mäßigkeit und Abstinenz ein und erklärt sich für die Mäßigkeit. Nach Klarlegung der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen in den verschiedenen Ländern erläutert der Referent ausführlich die Stellungnahme der ausländischen Arbeiterparteien zur Alkoholfrage.

Was wir verlangen im Kampfe gegen den Alkohol ist, daß wir unsere ganze politische und gewerkschaftliche Kraft einsetzen, um die Ursachen zu beseitigen, die den Alkoholismus hervorgerufen. Wenden wir unseren Einfluss in den Gemeindeverwaltungen auf, daß sie mütterliche Einrichtungen schaffen, daß Erfrischungsgelassenheiten geboten werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Schule auflauernd wirkt, daß die Kinder belehrt werden, aber ebenso auch die Eltern. Die jugendlichen Arbeiter müssen die Widerstandskraft haben, sich jeden Alkoholgenusses zu enthalten. Entscheidend ist, daß die Gewerkschaften mit solcher Energie den Kampf gegen den Alkohol aufgenommen haben, daß sie für die Aufklärung und Belehrung ihrer Mitglieder sorgen und dem Alkoholmißbrauch Einhalt gebieten.

Wie wollen unseren Weg gehen, wie wir ihn bisher gegangen sind zum Segen der Arbeiterklasse, zur Bekämpfung aller Mißstände und damit auch zur Bekämpfung dieses einen äußeren Symptoms; wir können aber nicht zugeben, daß die Alkoholfrage bekämpft werden kann als Symptom für sich ohne Zusammenhang



mit jenen sozialen Zuständen, sie ist ein Teil davon, und ihre Vertämpfung allein wäre genau so unsinnig, als wenn wir die Tuberkulose allein für sich bekämpfen wollten, ohne ihre wirtschaftlichen Ursachen zu beseitigen. Gebt dem Volke genug zu essen, gebt ihm Wohnungen, gebt ihm Freiheit, dann wird es den Alkohol, den es dorthin jagt, wohin er gehört!

Es erfolgte die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die Gefahren des Alkoholgenußes sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.“

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Vertiefung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Heberansprengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Missetände und die aus ihnen hervorgegangenen Trinksitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entzogen werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen in der Regel den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Verfestigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Kosten für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nutzen erlangen.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des Alkoholismus können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuererhöbungen beseitigt oder gar beseitigt werden. Trunksüchtiger gegen die Verhaftung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmegerichte gegen die arme Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wie jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen; aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Öffentlichkeit des Wirtschaftens in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Verteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Wein, Bier, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Vertämpfung der Alkoholfahre fordert der Parteitag: Abschaffung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden, Verbot der Nacharbeit oder bei ununterbrochenem Betriebe ausreichender Schichtwechsel, genügende Mißbräute während der Arbeit, Verbot des Arbeitens und Verkaufens oder Lieferung an Stelle von Lohn aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren Angestellte an die von ihnen beschäftigten Arbeiter (Trunksystem), ausnahmsloses Verbot der Stellungsvermittlung in Verbindung mit Schankbetrieb, Kleinhandel mit alkoholischen Getränken und Verhinderung, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Vertiefung aller die Lebenshaltung verteuern, den indirekten Steuern sowie des Wodens- und Wohnungswunders.

Schließung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Verhältnissen des Mannheimer Parteitages über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Vespallen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streitunterstützung jeden Trunkzwang zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholfahre, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Tiefen allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholfahre führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der kassenbewußten Arbeiterkraft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt im Alkoholmißbrauch Genuß und Vergnügen zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Vertiefung von Vertiefung und Unterdrückung Genugtuung, Erholung und Freude zu finden.

Auf Beschluß des Parteitages wird das 24-stündige Meierat gedruckt und allseits verbreitet werden. Wir möchten den dringenden Wunsch an alle Kollegen richten, bei der Herausgabe mit Eifer diese Ausführungen zu lesen und — soweit das noch nicht geschieht — stricke danach zu handeln!

## Arbeiterverschüsse für hamburgische Staatsarbeiter.

Am Vorabend der letzten großen Staatsarbeiterversammlung vom 9. August d. J., welche sich mit der Durchführung der von den Staatsarbeitern gestellten Forderungen beschäftigten und, wie vorher angekündigt, auf die in allem ablehnende Haltung des Senats ein „Entweder — oder!“ sprechen sollte, ließ der Senat öffentlich — auf einem ganz ungewöhnlichen Wege, nämlich durch die Tagespresse — bekanntgeben, daß in den Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter demnächst „grundlegende Änderungen“ erfolgen würden. Die Staatsarbeiter sollten einen geregelten Sommerurlaub bekommen und zum 1. Januar 1905 in allen Betrieben, in welchen mehr als 100 Arbeiter beschäftigt sind, Arbeiterausschüsse eingeführt werden. Wie diese Zugabe hinsichtlich des Sommerurlaubs eingelöst worden ist, hat „Die Gewerkschaft“ bereits berichtet. Noch viel weniger werden die Arbeiterverschüsse befriedigen, wenn diese nämlich nach dem für sie von der Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter entworfenen Modell eingerichtet werden. Die Kommission hat folgenden „Entwurf“ herausgegeben:

### Satzungen für den Arbeiterverschuss der . . .

§ 1. Der Ausschuss hat den Zweck, der Arbeiterschaft des staatlichen . . . betriebes Gelegenheit zu geben, durch ordnungsmäßige selbstgewählte Vertreter sich an der Regelung allgemeiner Fragen und Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses zu beteiligen.

Er hat insbesondere die Aufgabe:

1. Über Änderungen und Ergänzungen der Dienstordnung und anderer von der Verwaltung vorgelegter Fragen sich gutachtlich zu äußern.

2. Auf die Gefahren und Uebelstände in den Betriebseinrichtungen aufmerksam und zur timely Beseitigung derselben Vorschläge zu machen.

3. Anträge, Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art, welche die Arbeiterschaft im ganzen oder größere Kategorien derselben angehen, zu erörtern.

4. Über die Einführung neuer und die Verbesserung bestehender Wohlfahrtseinrichtungen sich zu äußern.

§ 2. Der Ausschuss besteht aus neun Mitgliedern, welche aus der Mitte der Arbeiter gewählt werden.

§ 3. Wahlberechtigt sind alle volljährigen Arbeiter, welche seit mindestens einem Jahre im Dienste der Verwaltung beschäftigt sind und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen.

Wählbar sind solche Arbeiter, welche mindestens 30 Jahre alt sind, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und die für die betreffenden Wahlabteilungen (§ 4) vorgeschriebene, mindestens jedoch ein dreijährige Dienstzeit bei der Verwaltung zurückgelegt haben.

§ 4. Die Wahlen erfolgen getrennt in drei Wahlabteilungen, von denen jede aus ihrer Mitte drei Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder durch verdeckte Stimmzettel wählt. Die erste Abteilung setzt sich zusammen aus den weniger als fünf Jahre, die zweite Abteilung aus den fünf bis zehn Jahre und die dritte Abteilung aus den länger als zehn Jahre ununterbrochen bei der Verwaltung beschäftigten Arbeitern.

Als gewählt zu Ausschussmitgliedern gelten in jeder Abteilung diejenigen drei Arbeiter, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die in der Stimmenzahl nachfolgenden sechs sind Ersatzmitglieder, welche in der Reihenfolge der auf sie gefallenen Stimmenzahl in erledigte Mitgliedsstellen eintreten. Stimmen, welche auf Nichtwählbare entfallen oder die Gewählten nicht deutlich bezeichnen, werden nicht mitgezählt. Bei Stimmzetteln, welche zu viele Namen enthalten, gelten nur die vorangehenden. Unter Personen, welche gleich viele Stimmen erhalten haben, entscheidet das Los.

§ 5. Die Wahlperiode dauert drei Jahre und beginnt mit dem . . .

§ 6. Das Amt als Ausschussmitglied erlischt, wenn der Arbeiter aus dem Dienst der Verwaltung ausscheidet, sein Amt niederlegt oder strafrechtlich zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafe verurteilt wird.

§ 7. Die Mitglieder verwahren ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich, bekommen aber die veranschlagte Arbeitszeit und besonders vorausgabtes Jahrgeld vergütet.

§ 8. Die Wahlhandlung leitet ein von dem ersten Beamten bezeichneter Arbeiter oder Beamter, welcher zu seiner Unterstützung zwei wahlberechtigte Arbeiter heranziehen kann.

Zu jeder Wahl ist die betreffende Abteilung drei Tage vorher unter Mitteilung des Tages, der Zeit und der Zahl der zu wählenden Mitglieder durch Anschlag einzuladen.

Vor dieser Bekanntgabe ist ein Verzeichnis der Wahlberechtigten und der wählbaren Arbeiter zur Einsicht anzulegen. Werden gegen dieses Verzeichnis, in dem auch die Zugehörigkeit der Wahlberechtigten zu den einzelnen Abteilungen festzustellen ist, binnen einer Woche Einsprüche nicht erhoben, so bildet es die Grundlage für die Zusammenfassung zur Wahl. Ist der Einspruch eingebracht, entscheidet endgültig die Verwaltung.

§ 9. Nach der Wahl werden die Namen der Mitglieder durch Aushang bekannt gemacht. Jeder Gewählte kann binnen drei Tagen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl ausschlagen. Nach Verlauf der Frist gilt die Wahl als angenommen.

§ 10. Reichwerden über die Rechtsgültigkeit der Wahl sind nur binnen einer Woche, vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses an gerechnet, zulässig.

§ 11. Die ordentlichen Sitzungen des Ausschusses finden vierteljährlich einmal statt. Die Einberufung geschieht durch den Vorsitzenden. Außerordentliche Sitzungen sind anzuberaumen, wenn ein Drittel der Ausschussmitglieder darauf anträgt. Jedes Mitglied ist unter Angabe von Zeit und Ort der Sitzung und Mitteilung der Tagesordnung zur Sitzung einzuladen.

Den Vorsitz führt der erste Beamte der Verwaltung oder ein von ihm beistellter Vertreter. Dieser kann andere der Verwaltung, angehörige Arbeiter oder Beamte zu der Sitzung zuziehen, welche jedoch, wie der Vorsitzende, an der Abstimmung nicht teilnehmen.

In den Sitzungen ist jedem Mitglied in der Reihenfolge, in der es sich zum Wort gemeldet, das Wort zu erteilen; der Vorsitzende kann jederzeit das Wort beanspruchen.

Die Beschlüsse erfolgen durch Stimmenmehrheit. Neben die Beratungen und Beschlüsse wird ein Protokoll geführt, welches von dem Vorsitzenden und einem Mitgliede des Ausschusses zu unterzeichnen ist.

§ 12. Änderungen dieser Satzungen bleiben vorbehalten.

Damit hätten wir nun die zweite der „grundlegenden Forderungen“ in den Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter. Wie sieht dieselbe aber aus? Sie bedeutet eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes! Das ist keine ehrliche Einstellung des einseitig angezogenen Versprechens eines hohen Senats! Diese damalige Erklärung wurde unter Umständen abgegeben, daß jeder sich sagen mußte: Die Staatsarbeiter werden Arbeiterausschüsse erhalten, die ihnen in allen sich aus ihrem Arbeitsverhältnis den Verwaltungen gegenüber ergebenden Angelegenheiten eine Vertretung sein werden! Dies werden die in Gemäßheit dieses Entwurfs errichteten Arbeiterausschüsse nicht sein können. Der Entwurf ist in seinen Hauptteilen eine schändlich sozialpolitische Mißgeburt. Die Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten hat den Befähigungsnachweis der sozialpolitischen Unfähigkeit erbracht!

Der Entwurf hätte betitelt werden sollen: Satzungen für Tragfahrlösungen der Staatsarbeiter. Solche Satzungen sind dazu geschaffen, das System der Arbeiterentrechtung a la Winter zur weitestmöglichen Anwendung und Entfaltung zu bringen.

Die unverantwortlichen Vater dieses „Wurfs“ sind die Betriebsdespoten selber, die bisher nach dem Grundsatz regierten: „In unserem Betrieb haben wir zu bestimmen!“ „Die Vertretung unserer Arbeiter sind wir!“ „Mögen die Arbeiter sich doch an ihre Vorgesetzten wenden!“ „Die Vorarbeiter sind die natürlichen Vertreter der Arbeiter!“ „Hört ihr's: Es gibt natürlich's, also geborene, wohl noch gar von der Vorrichtung bestimmte Vertreter der Arbeiter!“ Das sind die Vorarbeiter und andere Vorgesetzte. Na, wer lacht denn so über diesen schlichten Witz? Er stammt von Hamburger „Räten“ und eben solchen Aspiranten. Sie können den Gedanken nicht fassen, daß sie mit Arbeitern verhandeln sollen. Gewiß sind nicht alle Betriebsleiter solche Minder. Unter ihnen gibt es auch sehr vernünftige und einseitige Leute. Aber in der Mehrzahl sind sie nicht. Daher dieser Entwurf, der nur zu deutlich spricht: „Wenn wir auch Arbeiterausschüsse zulassen müssen, so sollen sie aber doch zum mindesten nichts zu bedeuten haben; die Arbeiter sollen nicht mehr Recht und Einfluß bekommen!“ Das ist des Pudels Kern. Eine Betrachtung der einzelnen Bestimmungen legt darüber keinen Zweifel.

Die Befugnisse des Ausschusses regelt § 1. Demzufolge kann der Ausschuss in allen des Arbeitsverhältnis berührenden Angelegenheiten das Wort nehmen. Aber wie kommt es dazu und inwiefern kann der Ausschuss durchgreifen? Diese Frage laut sich als § 1 nicht beantworten. Es fehlt nämlich die klare Bestimmung, daß der Ausschuss Anträge stellen kann. Und gerade dies ist das Wesentliche der Sache. Man werde nicht ein: Das ist nach alledem selbstverständlich. Wir befehlten sehr das Gegenteil, und zwar nicht nur aus dem Grunde, weil wir so oft über die Abneigung gegen Arbeiterausschüsse überhaupt haben reden müssen, sondern weiter: ganz besonders deshalb, weil die Zweckbestimmungen unter 1 bis 4 im wesentlichen dem für den Arbeiterausschuss am Staatrat geltenden Reglement entnommen sind. Dieser Ausschuss hat aber über Lohn- und Arbeitsverträgen nicht mitzureden. Und wie der Mitarbeiter in dieser Hinsicht denkt und handelt, ist bekannt. Da ist wohl der Argwohn berechtigt, daß solche Rats in allen Betrieben Pfand wird. Dabei muß in dieser Hinsicht reglementsmäßig jede Unklarheit ausgeschlossen sein.

§ 3 bestimmt über das wahlfähige Alter. Das Recht, wählen zu können, sollen alle 21 Jahre alten Arbeiter haben, dagegen das Recht, gewählt zu werden, nur diejenigen Arbeiter, welche 30 Jahre alt sind. Die Wähler sollen eine einjährige Dienstzeit, die Wählten eine dreijährige Dienstzeit zurückgelegt haben. Wenn man

dabei an das aktive und inaktive Wahlrecht zum Reichstage, zu den Parlamenten der Einzelstaaten, den städtischen Kollegien, dem Gewerbegericht und anderen wichtigen Institutionen denkt, wenn man weiter berücksichtigt, daß 25-jährige Arbeiter als Schöffen und Geschworene bestellt werden können, dieselben auch in den auf Grund der Arbeiterversicherungsversicherung errichteten Verwaltung- und rechtspflegerischen Körperschaften Sitz und Stimmrecht haben, begreift man um so schwerer, warum die Arbeiter 30 Lebensjahre zählen müssen, um in einen Arbeiterausschuss zu kommen, der doch ausschließlich nur über Dinge befinden soll, die die Arbeiter berufsmäßig täglich vor Augen haben. Verständiger Leute in den Ausschüssen zu haben, kann als Abwicht also nicht zugrunde liegen. Was kann es aber sonst sein? Die älteren Leute will man haben, weil man glaubt, daß diese nur immer zu allem mit dem Kopfe nicken werden. Damit ist aber den Arbeitern nicht gedient.

Und nun erst die Gruppeneinteilung, die Massifizierung der Arbeiter! Ohne daß die Wähler in Massen geschrieben sind, können unsere Massenliebhaber sich keine Wahl mehr vorstellen. Der damit in diesem Falle beabsichtigte Zweck liegt „auf der Hand“. „Teile und herrsche!“ Möglichst viele grundsätzliche und auch noch dem Grade nach abgeleitete Unterschiede unter den Arbeitern aufrichten. Das hat unter den Arbeitern Uneinigkeit und Zwietracht zur Folge, und führt andererseits in denselben Maße die Macht der sich als Arbeiterbeherrschenden wahnenden Herrenmenschen. Freilich wird dadurch auch die Einigkeit der Arbeiter im Dienste nicht gefördert, aber was kümmert das solchen „Herren“. Wozu hat man denn die Disziplinarmittel? Die „Reinlichen“ werden eben entlassen. „Wir können Arbeiter reichlich bekommen!“

Trotz alledem soll noch der „erste Beamte“ der Vorsitzende des Ausschusses sein, wodurch die Verwaltung sich noch innerhalb des Ausschusses extra wieder einen überwiegenden Einfluß sichert. Was also bleibt auch für die Arbeiter übrig?

Neben viele der übrigen Bestimmungen wäre gleichfalls noch manches kritisch zu sagen. Doch das Angeführte bringt uns schon zu dem Schluss: Solche Ausschüsse, wie dieser Entwurf uns bringen würde, wenn er Gesetzeskraft erlangte, wollen wir nicht! Diese Ausschüsse selbst wurden ein dauerndes Mampfiobjekt sein, sonst nichts! Darum fordern wir Verbesserungen

## Der Freisinn auf dem Nürnberger Rathaus.

Keine andere deutsche Stadt dürfte so bedientes Zeugnis ablegen, wie reichhaltig und unermüdet der Freisinn wirtschaftlicher, wo er sich noch als unumkehrter Herrscher fühlt, wie die Stadt Nürnberg. Dieselbe Stadt, welche durch Männer wie Hans Sachs, Dürer, Fischer, Firkheimer u. a. m., sich einen Namen erworben hat, ist jetzt zum Schand und Schimpf einer kleinen wirtschaftlichen und zippischen geworden, welche ihre den zweifelhaftesten, eine Kasserolle für kommunale Unterhaltungen und Zünden freimüthiger Stadtväter zu sein, auf dem sozialen Monarch in Strahlzug eintrug. Wenn man versteht und weiß, was man sich in den Kreisen des Dr. Veem auszudenken pflegt, dann kann man die Schwere obigen Vorwurfs erst ermessen.

Daß aber dieser Vorwurf zu hart ist, kann durchaus nicht behauptet werden. Im Gegenteil, er erscheint noch viel zu gelinde, wenn man die Unterhaltungskosten der Nürnberger Stadtväter kennen lernen darf. Man lese nur einmal die vom Genosse Löwenstein veranlagte Proklamation: „An ihren Kindern soll die Erkenntnis“, Drei Jahre sind seit Herausgabe dieses Buches verstrichen, aber an eine Veränderung zum Besseren ist auch heute noch nicht zu denken. Der Zunft, den Väterchen damals der Öffentlichkeit zeigte, sieht heute noch viel mehr als damals; denn je länger ein solches Hebel bestehen bleibt, um so schlimmer wird es. Mit denselben heimtückischen Mitteln hält man die Vertreter der Arbeiterschaft von dem Rathaus fern. Wer das Bürgerrecht erwerben will, muß 20 bis 100 Mk. Mehr! Bei 20 Mk. Gebühre muß man aber mindestens das Heimatsrecht schon besitzen, sonst wird's unter 10 Mk. nicht gemacht. Man weiß man auf dem Rathaus ganz genau, daß bei den Hungerlöhnen, die man der größten Teil der Arbeiter zahlt, am schlimmsten sind diese Väter bei der Stadtgemeinde Nürnberg selbst. Dessen es einfach unmöglich ist, eine solche Summe aufzubringen. Deshalb hat man in bereit erklärt, den Kinderarmutmitteln das Bürgerrecht unangenehmlich zu verleißen, natürlich nur unter der Bedingung, daß diese gewöhnlichen Menschen dieser Wohlthat würdig erweise. Was diese verurteilte freimüthige Gesellschaft unter „würdig“ versteht, sieht man aus folgenden Bestimmungen: Wer das Bürgerrecht unangenehmlich bekommen soll, muß 15 Jahre ununterbrochen in Nürnberg wohnen, muß während dieser Zeit Steuern bezahlt haben, darf keine Strafe erlitten haben und muß 15 Jahre ununterbrochen bei ein und demselben Arbeiter beschäftigt gewesen sein! Hier wenn man nicht was man nicht bewundern soll, die Unwissenheit oder die Bosheit, welche aus diesen Bestimmungen herausragt. Wenn wirklich die ersten drei Bedingungen erfüllt worden, an der letzten wird alles scheitern. Wer muß nicht innerhalb 15 Jahren entwer-



durch Geschäftsauflösung, Arbeitsmangel, Krankheit oder sonstige Vorkommnisse sein Arbeitsverhältnis wechseln, und wer mit diesem nicht zu tun beäme und er wollte sich durch „Ausbalten“ das Bürgerrecht erlangen, müßte er sich nicht alle Rücksichtslosigkeiten und Unerschämtheiten des Unternehmers gefallen lassen, nur um seine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses zu erleiden? Man glaube also fürs erste die unentgeltliche Erwerbung des Bürgerrechts mit solchen blöde, pardon, wollte sagen freininnigen Bestimmungen zu erschweren, und fürs zweite gedachte man den Unternehmer geduldige Schächter als Arbeiter zu erziehen, also zwei Fliegen auf einen Schlag.

Wenn den dreimal hochwohlweisen gelehrten Herren von Magistrat auch das erste gelungen sein dürfte, das zweite ist sicher nicht eingetreten, wohl aber hat die Nürnberger Arbeiterkraft durch zahlreichen Beitritt zum Bürgerrechtsverein sich erleichtert: Erwerbung des Bürgerrechts zu verschaffen gewußt.

Eine weitere Unterlassungsfünde ist die Nichterfüllung einer Erbschaftenklasse für die 300.000 Einwohner zählende Großstadt. Das miserable System, welches das Krankenversicherungsgesetz leider noch zuläßt, ist in Nürnberg noch immer im Gange. Es ist das Gemeindefürsorge-System. Mit 8 bis 10 Mk. wird zum größten Teil der arme Arbeiter abgesiebt. Wenn ein Kind in das mitleidige Elend einer Familie, wo der Ernährer schon mehrere Wochen krank darnieder liegt, getan hat, wer die kranken, verzweifeltenden Hände des Weibes, das hungrige, schmachvolle Schauen der Kinder betrachtet hat, der muß jedes menschliche Gefühl verloren haben, wenn er die Verwundtheit der Aufrechterhaltung eines solchen Systems, wo doch ein besseres möglich ist, nicht anerkennt. Doch hier keine Verbesserung geschaffen wird, dafür gibt es keine Entschädigung. Der dominierende Kreismus in eben unfähig, etwas Soziales zu schaffen, oder er will nicht, weil nach Errichtung einer Erbschaftenklasse der Nürnberger Einwohnerkraft gezeigt würde, daß der Arbeiter noch besser eine Einrichtung zu verwalten vermag, als die plethorische, fette Speichergesellschaft.

Dieselbe Gemächlichkeit zeigt sich auch in der Wohnungsfürsorge in Hof und Nürnberg. In Hof muß der Arbeiter sein Domizil im Mehrstöckhaufen aufschlagen, in Nürnberg muß er unter alten Feinwandzellen und in alten banfälligen Holzgruppen wohnen. Sein sauer verdientes Mobiliar steht unter diesen unter freiem Himmel, den Mäulchen der Fütterung ausgesetzt. „Nürnbergers Schande“, lautet das Parteiblatt, die „Kranke Tagespott“, und es konnte fast wahr sein freifreudiger Auswand wählen.

So könnten hier noch eine Unmenge von Missetänden aufgeführt werden. Allerdings gibt es auch in anderen Städten Missetände, aber da nicht man doch zum großen Teil den Willen, diese möglichst zu beseitigen.

Nachdem wir somit einen Blick auf die allgemeine, kommunalpolitische Tätigkeit des freisinnigen Stadtrats geworfen haben, wollen wir uns das Lohn- und Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter einmal etwas näher ansehen. Wir sehen natürlich voraus, daß der Leser nach den vorhergehenden Dingen durchaus kein laihes Bild sich machen wird, aber er dürfte noch weniger finden als er ohnehin erwartet hat. Vor allen Dingen fehlt jetzt noch eine allgemeine Arbeitsordnung, welche dem Arbeitsverhältnis eine geordnete Grundlage gibt. Da alle Betriebsarbeitsordnungen sich an die allgemeine Arbeitsordnung anschließen müssen, wurde der Missetand festgestellt, daß in dem einen Betrieb die Verhältnisse dem anderen gegenüber so grundverschieden sind, als hätte man es nicht mit einem, sondern mit mehreren Unternehmern zu tun. Nehmen wir z. B. die Verträge zur Krankenkasse an. In einer Kategorie zahlen der Arbeiter keine Beiträge, in anderen Kategorien müssen die Arbeiter diese bezahlen. Warum bezahlt man nicht alle Arbeiter davon? Dann fehlen verschiedene soziale und hygienische Einrichtungen ganz, und soweit solche vorhanden sind, ist es nichts als ein elendes Minimum.

Nehmen wir zuerst die Versorgungskasse. Hier befindet sich Nürnberg unter den Städten, die Beiträge erheben. Allerdings wird auch ein Rechtsanspruch auf die Leistungen der Versorgungskasse gewährt. Nun kann man ja geistlicher Meinung sein, was besser ist, eine Versorgungskasse mit Beitragszahlung der Mitglieder und Rechte derselben oder keine Beitragszahlung und keine Rechte. Das dürfte aber feststehen, dieser Art von Kasse, wie die Nürnberg eingeführt hat, dürfte die allerwenigste Sympathie entgegengebracht werden. Dies beweist wohl am besten Dr. Kombe in seinem Buch: „Die deutschen Stadtgemeinden und ihr Arbeiter“. Hier leidet daher es ab. Nürnberg mit in die Statistik aufzunehmen, weil die Leistungen der Kasse gegenüber den Leistungen der Arbeiter so außer allem Verhältnis stehen und so geringe seien, daß sich ein Vergleich nicht lohnt! Mit anderen Worten gesagt, er wollte sich mit einem solchen Missetand keine Statistik nicht verschandeln. Was nützt der Rechtsanspruch, wenn das Arbeitsverhältnis ein so mißliches ist, daß ein Arbeiter nach 10 und mehr Dienjahren auf die Straße flieht und damit die Hälfte, mit Zidarbeit aber ein Viertel seiner gezahlten Beiträge einbüßt, oder wenn ausschließlich eines jeden anderen Rechtsweges

nur der Magistrat endgültig entscheiden will. Jetzt endlich ist zwar eine Änderung zum Besseren eingetreten, indem verschiedene Paragraphen eine Umgestaltung erfahren haben, aber es ist herzlich wenig. Da nun derartige Umgestaltungen nicht alle zwei oder drei Jahre vorgenommen werden können, wäre es wohl richtiger gewesen, wenn größere Verbesserungen vorgenommen werden wäre, aber das ist nun einmal bei der Engbergigkeit unserer Stadtväter nicht besser zu verlangen. Die hauptsächlichsten Änderungen bestehen in der Herabsetzung der Karenzzeit von 10 auf 5 Jahr. In der Beitragszahlung ist keine Besserung eingetreten. Auf das Ruhegehalt wird Invaliden- und Altersrente nicht mehr angerechnet, sondern nur noch Unfallrente. Die Witwenversorgung beträgt nicht mehr ein Drittel des Ruhegehalts, sondern ein fünftel. Auch ein Drittel und erhöht sich bis zur Hälfte desselben, wenn das verstorbene Mitglied 25 anrechnungsfähige Jahre der Kasse angehört hat. Bisher erfolgte die Witwenversorgung mit der Wiederverheiratung der Witwe, jetzt bekommt dieselbe auf Antrag den fünftel Betrag ihrer Jahresrente als Abfindung im Falle ihrer Wiederverheiratung. Stirbt ein Mitglied vor Ablauf der Karenzzeit, so bekommen die Hinterbliebenen die Hälfte der vom Mitglied geleisteten Beiträge. Bisher konnten dieselben gewährt werden. Ganz weggefallen sind in Artikel 18 die Abzüge 1 und 3. Doch hierüber werden wir ein andermal berichten.

### Stettiner Lohnpolitik.

Die größte deutsche Sechadt des Spiegegebietes ist Stettin. Der Fremdling, der zum ersten Male den Boden dieser Handelsstadt betritt, wird sich des Eindruckes eines gewissen Wohlstandes nicht erwehren können. Um so mehr wird die Auffassung zum Durchbruch kommen, wenn man sich in dasjenige Gebiet Stettins begibt, wo die enormen Werte der Verarbeitung unterworfen sind. Eine räumlich große Fläche wird von dem Zollgebiet, dem Reichshafen, eingenommen. Hier werden durch die Einfuhr aus fernem Ländern Millionen an Werte, tagen, tagaus, verladen. Der Stettiner Kaufmann, der hier als Käufer, Verkäufer, sowie oftmals als Schiffsbereiter auftritt, heimt aus diesem Handel enormen Gewinn ein. Hierin liegt der Wohlstand Stettins begründet. Nicht jedoch im Vermögensbestande der großen Masse der unteren Schichten der Bevölkerung. Dort ist gerade das Gegenteil zu konstatieren. Die Arbeiterklasse Stettins vegetiert unter den schlechtesten Verhältnissen. Eine Spezialgruppe, für welche dieses noch besonders zutrifft, sind jedoch die händlichen Arbeiter.

Das Stadtverordnetenkollegium Stettins unter Mitwirkung des Magistrats leitet nach der Seite hin, daß bei den händlichen Arbeitern das Wohlbefinden nicht zu weit greife, ein Erklärliches. Der Beweis dürfte am besten an der Hand der Verordnungen sowie Beschlüsse, welche auf Grund der eingereichten Forderungen der Arbeiter gefaßt wurden, zu finden sein. Vorweg wollen wir bemerken, daß die Forderungen der Arbeiter nicht neuer Art sind, sondern bereits seit 1905 datieren. Man hat damals den händlichen Beamten und Arbeitern eine Feuerungszulage gewährt, die Behandlung der Forderungen aber auf einen späteren Termin verschoben. Um so mehr glaubten nun die Arbeiter annehmen zu dürfen, ihre Forderungen voll und ganz erfüllt zu sehen. Gerade das Gegenteil von dem Gewünschten ist eingetroffen. Man hat eine Regelung des gesamten Gehaltsatzes vorgenommen; man hat nach oben hin, d. h. bei den Beamten, Zulagen gegeben, welche annehmbar erscheinen, hingegen die Arbeiter wieder mit einigen Pfennigen abgepöbeln. Die Zahlen der Vorlage werden dieses am besten bezeugen. Es sind im Etat 1907/08 für Aufbesserung der Gehälter und Löhne 90.955 Mk. für Beamte, 158.113,33 Mk. für Lehrer und Schuldner und 52.941 Mk. für die Arbeiter vorgesehen. Zum Durchschnitt berechnet kommen also für die 837 Beamten 108,72 Mark, für 975 Lehrer und Schuldner 162,50 Mk. und für 1202 Arbeiter 44,00 Mk. Mehrausgabe pro Kopf und Jahr in Ansatz. Hierbei ist aber in Betracht zu ziehen, daß unter der Beamtenklasse eine große Anzahl Vertragsangestellte figurieren, deren Aufbesserung nicht im entfernten der Durchschnittssumme gleichkommt, sondern sich in Höhe von 50 bis 75 Mk. bewegt, wodurch auch die Gehaltssteigerungen von 200, 300 und 400 Mk. der oberen Beamten erklärlich sind. Während man bei dieser Kategorie von Angestellten schon eine ziemliche Ziehung vorgenommen, so daß die Zulagen der unteren Beamten resp. Vertragsangestellten eine wesentliche Einschränkung erfahren, hatte man bei den Arbeitern in noch erhöhtem Maße zu dieser ungerechten Behandlung gegriffen. Zum Beispiel sind die Vaternterwarter, die früher im Lohnjahre von 72 bis 81 Mk. monatlich standen, auf einen solchen von 72 bis 84 Mk. gesunken. 1761 Mk. Mehraufwand ist für 62 Arbeiter dafür erforderlich; der Mehraufwand bei 9 Beamten der Klasse B I beträgt hingegen 3680 Mk. In gleicher Weise sind noch mehr Beispiele denn eins anzuführen. Für 133 händliche Arbeiter der Straßenreinigung hat man im ganzen 5380 Mk. für genügend gehalten, um ein „angemessenes Einkommen“, welches den Verhältnissen entsprechen soll, festzulegen. Inwiefern das „angemessene“ Einkommen aber den Verhältnissen entspricht, haben wir selbst nach weitgehenden Erwägungen nicht herausfinden können. Auch unsere Leser dürften

in dem Anfangslohn, der den städtischen Arbeitern Stettins durch diese Vorlage mit 2,70 Mk. pro Tag garantiert ist, dieses nicht begründet finden. Wenn wir uns aber die Beratung dieser Vorlage vor Augen führen, dann dürfte des Ratfels Lösung leicht gefunden sein. Ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, der nur die Unterstützung eines bürgerlichen Vertreters fand, ging dahin, den Lohn der nicht ständigen Arbeiter auf 2,90 Mk. zu fixieren. Von allen Seiten des Stadtverordnetenkollegiums und der Magistratsvertreter wurde dieser Antrag bekämpft. Der Oberbürgermeister wollte dem Antrag dadurch das Grab graben, daß er erklärte, es wären unter den nicht ständigen Arbeitern viele nicht mehr vollwertige Kräfte vorhanden, weshalb der in Antrag gebrachte Anfangslohn genüge. Der Referent der Finanzkommission glaubte noch einen Hauptschlag riskieren zu können, indem er darauf hinwies, daß man schon für 2,50 Mk. Tagelohnarbeiter bekommen könne. Leider fand sich außer unseren Genossen niemand, der diese höchst gescheiterten Ausführungen, die von „so viel sozialem Verständnis“ zeugen, in gebührender Weise zurückwies. Es kann auch wohl kein Wunder nehmen, wenn die Stadtväter diesen Antrag ablehnten.

Das hohe Verständnis, welches man bei Behandlung dieses Antrages an den Tag legte, kam aber auch bei Beratung der ganzen Vorlage zur Geltung. Der Berichterstatter führte in seiner Begründung an, daß die augenblickliche Wirtschaftspolitik darauf hinfiele, eine Verteuerung der Lebensmittel zu erreichen, welche selbst ihre Befürworter in dem Maße wohl nicht vorausgesehen hätten. Als Pflicht von Staat und Gemeinde sei es empfunden worden, bei einträglichen. Daher diese Vorlage. Nachdem noch die lange Reihe von Sitzungen usw., die aus Anlaß der Vorberatung notwendig, stellte er den Befürwortern irgendwelcher weitergehenden Anträge dadurch die Nichtannahme schon in Aussicht, mit dem Hinweis, daß mit der Vorlage die Grenze des Zulässigen erreicht sei. Wir nehmen an, daß sich die Kommission bei Beratung der Materie — die Ausführungen des Referenten haben das bestätigt — an Hand der Statistiken von der Lebensmittelverteuerung und Steigerung der sonstigen Bedürfnisse eingehend überzeugt hat. Es mutet uns aber eigentümlich an, wenn man mit der circa 8 Proz. betragenden Zulage — bei einem großen Teil beträgt diese jedoch nur 1 Proz. — glaubt, eine Mehrbelastung der Arbeiter von 20 Proz. auswiegen zu können. Wenn man in der Kommission glaubt, damit der Pöbel, die der Berichterstatter anführte, genügt zu haben, dann dürften unseres Erachtens lebhaft Befürworter dieser heutigen Wirtschaftspolitik in der Kommission zu finden sein und somit das Resultat der Arbeit verhandelt erscheinen. So viel steht aber fest, daß man sich bei dieser „sozialpolitischen Leistung“ unter den Arbeitern und unteren Elementen nicht allzuviel Freunde geschaffen hat. Gegenüber solchen rückständigen Ansichten müssen die Arbeiter solange Sturm laufen, bis endlich einmal ein freibewußter Geist im roten Hause der Stadt Stettin eingeht. Wenn es sich um Abhaltung von Festaufzügen handelt, oder wenn Oberbürgermeister pensioniert werden, dann stehen Summen zur Verfügung; wenn es aber heißt, für die Arbeiter der Stadtgemeinde etwas zu tun, dann wird „die Grenze der Zulässigkeit“ vorgeschoben, um nur die berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter hintanzubalten oder auf ein Minimum zu beschränken.

Für die städtischen Arbeiter Stettins gibt es daher nur den Weg der Selbsthilfe. In einer kraftvollen Organisation muß und kann es nur gelingen, diesen rückständigen Standpunkt der Stadtverwaltung zu ändern.

### Königsberger Brief.

Müßlich steht unsere Mitale Fragebogen im Umlauf, um festzustellen, wie die städtischen Arbeiter wohnen und leben. Von diesen Fragebogen wurden dem Verbandsausguss wieder zugestellt 228 über Wohnungsverhältnisse, 181 über die Lebensweise der Arbeiter. Die Zusammenstellung ergab folgendes Bild: Die 228 Wohnungsinhaber verfügen zusammen über 584 Räume mit einem Rauminhalt von 17951,8 Kubikmeter und werden insgesamt von 1127 Personen bewohnt. Die Wohnenden verteilen sich auf 1019 Familienmitglieder, wovon 479 Erwachsene, 570 Minder- und 78 Kleinkinder sind. Letztere haben 38 Räume mit 1233,1 Kubikmeter Rauminhalt inne. Bringen wir diese von der er genannten Zahl in Abzug, so verbleiben für die 1019 Familienmitglieder 16961,1 Kubikmeter, also pro Kopf 15,9 Kubikmeter. Man fordert bekanntlich die Hygiene für Wohnräume pro Kopf 20 Kubikmeter, wenn die Wohnenden in ihrer Gesundheit nicht gefährdet werden sollen, die städtischen Arbeiter verfügen aber nur über circa 80 Proz. dieses geforderten Raumes. Oben die Durchschnittszahlen aber schon kein schönes Bild, so beweisen zahlreiche Einzelfälle, wie überaus traurig die städtischen Arbeiter wohnen. Zum Beispiel hat ein Arbeiter eine Wohnung für 168 Mk. inne, bestehend aus Zimmer 22,2, Kabinett 10,2 und Küche 2,3, zusammen 34,7 Kubikmeter groß. Das Kabinett ist abervermietet, so verbleiben mithin für die Familie noch 24,5 Kubikmeter Rauminhalt. In diesen zwei engen Räumen wohnen nun Mann und Frau und drei Kinder im jüngsten Alter, außerdem sind aber alle drei Räume auch noch

naß! Der Mann gehört zu den ungelerten Arbeitern, denen der Magistrat keine Zulage geben will in Aussicht auf die Privatindustrie. Für den Zustand eines erheblichen Teiles der übrigen Wohnungen spricht auch, daß darunter 31 Dunkelkammern und 96 Räume naß (11) sind. Auf manchen Fragebogen ist ausdrücklich vermerkt: „Das Wasser läuft an den Wänden herunter.“

Wie oben vermerkt, haben 184 Arbeiter Fragebogen über ihren Verbrauch ausgefüllt, die eine Kopfzahl von insgesamt 865 Personen zu ernähren haben. Nur wenige Minder können etwas mitverdienen. Diese 184 Familienväter haben ein Gesamteinkommen von 195508,12 Mk., also im Durchschnitt pro Person 1062,51 Mk. Für das Geld leisten sie sich pro Woche 507 mal Fleisch, pro Familie 2,7 mal. Hierfür geben sie einen Betrag an pro Jahr von 25271,18 Mk., macht pro Familie 137,35 Mk. oder pro Kopf 29,22 Mk. Rechnen wir das mit Fleisch zu 1,50 Mk., so ergibt der Betrag ein Quantum für den Kopf von circa 19 1/2 Mils pro Jahr. Nach dem Schlachthofbericht in Königsberg vom Jahre 1905/06 kam Fleisch im Gesamtgewicht von 11 192 219,55 Kilogramm auf den Markt. Rechnen wir die Bevölkerungszahl nach der letzten Volkszählung (1900), so ergibt dies pro Kopf 59,9 Kilogramm.

Derner ist für 1222, — Mk. Pferdefleisch verbraucht worden. Groß ist der Konsum in Martoffeln, was ja bei dem minimalen Fleischverbrauch nur zu erklärlich ist. Es wurden verausgabt 15 033,20 Mk. oder pro Kopf 17,38 Mk., dies entspricht einem Quantum von 255 Kilogramm pro Kopf und Jahr. Für Brot 32 120,10 Mk. oder pro Kopf 37,13 Mk. Für Miete durchschnittlich pro Familie 200,55 Mk.

Die Zahlen ergeben ein außerordentlich trübes Bild. Nach dem Schlachthofbericht kommen auf den Kopf der Bevölkerung 59,9 Kilogramm Fleisch, auf den Kopf des städtischen Arbeiters mit seinen Angehörigen aber nur 19 1/2 Kilogramm pro Jahr. In Berlin kamen 1902 auf den Kopf der Bevölkerung 83,9 Kilogramm Martoffeln, was mit Recht als Zeichen von Unterernährung betrachtet wurde. In Königsberg kommen auf den Kopf des städtischen Arbeiters 255 Kilogramm Martoffeln. Die Zahlen werden aber noch ungenügender, wenn man Arbeiter herausgreift, die nur 3 Mk. pro Tag verdienen. Zum Beweise führen wir die Strakenreiner an. 47 Strakenreiner mit insgesamt 238 Angehörigen, davon 97 Erwachsene und 141 Minder, geben aus für Fleisch 6195,28 Mk., macht pro Kopf 26,03 Mk. oder etwa 7 Pf. pro Tag, während die Personen aller Berufe im Durchschnitt pro Kopf und Tag nur 8 Pf. Fleisch leisten können. Derselben Arbeiter verausgabten für Martoffeln 1909,29 Mk. oder pro Kopf und Jahr 16,85 Mk. Das mit Martoffeln durchschnittlich mit 7 Pf. berechnet, macht pro Kopf und Jahr 210 Mils. Dabei ist zu beachten, daß von den 238 Personen 80 minder im zartensten Alter sind, die entschieden nicht mit Martoffeln großgezogen werden sollten, und zwar haben ein Alter: 15 bis zu 1 Jahr, 13 von 1 bis 2, 15 von 2 bis 3, 17 von 3 bis 4 und 17 von 4 bis 5 Jahre. Ein gleich trauriges Verhältnis ergibt sich bei den Strakenreiner bezüglich der Wohnungen. Während noch durchschnittlich auf den Bewohner 15,4 Kubikmeter Raum entfällt, haben 46 Strakenreiner 111 Räume inne, von denen 9 an 15 Personen abervermietet sind. In den verbleibenden 105 Räumen mit 3231,9 Kubikmeter haben 233 Personen; es kommen demnach auf den Kopf nur 13,4 Kubikmeter. 75 Gewerksarbeiter verfügen über 210 Räume, wovon 28 naß und 14 Dunkelkammern sind. Hierbei kommen zum Teil noch besser bezahlte Arbeiter in Frage. Tagesgenossen 15 Arbeiter des Schlachthofes 16 Räume, von denen 18 feucht sind und ein Raum ohne Licht ist.

Verstehende Tatsachen beweisen, daß der Lohn von 3 Mk. pro Tag zum Leben zu wenig ist, zum Leben aber zu wenig ist. Die Arbeiter würden geradezu Selbstmord begehen, wollten sie nicht auf Zahlung von mehr Lohn dringen. Auch der Stadtverwaltung kann es nicht gleichgültig sein, wenn ihre Arbeiter und deren Familien in solchen Wohnungen leben und Gesundheit opfern müssen, die Kinder durch zu schlechte Ernährung einmal schwächliche, lebensunfähige Menschen werden. Die Kollegen aber, die noch unorganisiert sind, sollten endlich das Besondere nachholen. Denn sie haben durch ihre Indifferenz miterleidet, daß die Lohnhöhe solange hinausgeschoben werden kann.

### Die Lage der städtischen Arbeiter in Magdeburg.

Unter den städtischen Arbeitern macht sich zusehenderweise immer mehr das Bedürfnis nach der Organisation geltend. Die im April d. J. erfolgte Regulierung der Löhne gibt genügend Anlaß, um über die „soziale“ Einheit des Magdeburger Magistrats etwas nachzudenken. Selbst in jenen Kreisen, die es früher immer nicht für notwendig hielten, sich der Organisation anzuschließen, hat der Organisationsgedanke erhebliche Fortschritte gemacht. Draußen verliert man sich auf das „Wohlfühlen“ des Magistrats und wartet ruhig der Dinge, die da kommen sollten. Die in der letzten Zeit in allen Ressorts abgehaltenen Betriebsversammlungen beweisen durch ihren guten Besuch und die gesprochenen Diskussionen, daß sich im Verhältnis zu früher ein gewaltiger Um-



schwung bemerkbar gemacht hat. Die Arbeiter haben eben eingesehen, daß es nur die Organisation ist, die eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen vermag.

Ueber die einzelnen Betriebe, in denen noch die subalternen Vorgesetzten nach ihrem Ermessen schalten und walten, kamen haarsträubende Dinge zum Vorschein. Diese Mißstände alle anzuführen, ist nicht möglich. Die Arbeiter-Ausschüsse werden wohl in nächster Zeit genügend Arbeit erhalten; es wird sich dann zeigen, ob sie das sind, was sie sein sollen. Bedauerlicherweise hat ein Teil dieser Ausschüsse die bescheidenen Mole eines Wanders im Verborgenen gespielt. Die Erwartungen, die die Arbeiter an diese Institution gestellt haben, sind in den meisten Fällen nicht in Erfüllung gegangen.

Besonders aber wurde die Errichtung des Gausbüros für Magdeburg eifrig diskutiert, und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß in Bezug auf Agitation jetzt mehr als früher getan werde, um die Kassen und Zünfte für die Organisation zu gewinnen. Begrüßt wurde es, daß nun endlich eine Stelle geschaffen ist, die rathlos die Interessen der städtischen Arbeiter vertreten kann.

Auf dem Schlacht- und Viehhof wird besonders darüber Klage geführt, daß nicht eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit für die Handwerker besteht. Früher betrug die Mittagspause 1½ Stunde. Damit die Arbeiter auch das „soziale Wohlwollen“ verspüren, wurde sie auf 1 Stunde reduziert. Ein weiterer Mangel ist das Fehlen von ausreichenden Schranken. Diebstahl von Kleidungsstücken, Zerstören u. dgl. sind infolge dieser Sparmaßregeln zu verzeichnen. Die Schlachthausarbeiter klagen besonders darüber, daß die Lieferung von Viehfleisch und widerständiger Mägen so mangelhaft ist. Der Gesundheitsförderer ist es jedenfalls nicht, wenn die Arbeiter mit ihrer durchschnittenen Mägen den ganzen Tag arbeiten müssen.

Die Arbeiter der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke (Vintennantstasse) klagen besonders über die Handhabung der Bezahlung der Leertage. Es befremdet, daß der Magistrat erst eine vernünftige Regelung getroffen hat und jetzt wieder anderen Sinnes geworden ist. Der Kassenentwurf ist den Arbeitern endlich zugehen worden. Jetzt muß ein Arbeiter eine Stunde oder ist er sonst behindert, so wird ihm nicht nur die verfallene Zeit in Abzug gebracht, sondern auch noch die gebote Stunde, da dies nur als Vergünstigung gegen früher ausgelegt wird.

Die beim Hoch- und Tiefbau Beschäftigten klagen darüber, daß für diesen Betrieb immer noch kein Ausschuss besteht. Auch die dort gezahlten Löhne entsprechen bei weitem nicht mehr den Anforderungen, die jetzt an die Arbeiter gestellt werden.

Bei der Straßenreinigung sind sonderbare Zustände zu verzeichnen. Neu eintretende Arbeiter erhalten einen Anfangslohn von 2,75 Mk. pro Tag. Diejenigen aber, die schon jahrelang in Betrieben sind, aber nur einen solchen von 2,50 Mk. Die Arbeiter können diese Art der Entlohnung nicht recht begreifen. Die Einführung von festen Lohnstufen ist jedenfalls dringend geboten.

Die Katernenwärter werden seitens der Stadt immer noch nicht als vollbeschäftigte Arbeiter angesehen. Welcher Grund dafür maßgebend sein soll, ist nicht recht einzusehen. Ihre tägliche Arbeitszeit wird zwar nur mit 6 Stunden in Anschlag gebracht, aber durch die Vergrößerung der Katernen ist auch den Katernenwärtern ein erheblicher Teil Mehrarbeit aufgeladen worden, der aber bei der Berechnung der Arbeitszeit nicht berücksichtigt wird. Besonders aber im Winter, wenn die Arbeiter mit dem Laufen der Katernen beschäftigt sind, erhalten sie trotz dieser Mehrarbeit über ihre tägliche Arbeitszeit hinaus keine Ertragsbezahlung. Ueber den schlechten Zustand der Katernen wurde lebhaft Klage geführt. Die Fächer der Katernen sind durchgerostet. Dadurch werden bei Regenwetter die Gassenrumpfe verunreinigt. Hier wie überall ist zu verzeichnen, daß an der unrichtigen Stelle geparkt wird. Die Revisionen der Katernen werden als vollbeschäftigte Arbeiter anerkannt. Ihre langjährige Tätigkeit — manche sind schon 12 bis 18 Jahre im Dienst — als Katernenwärter findet keine Anerkennung. Aus welchem Grunde dies nicht geschieht, ist nicht recht einzusehen.

Das Elektrizitätswerk, das erst vor Jahresfrist in herrliche Regie übergegangen ist, hat auch die darin beschäftigten Arbeiter mit übernommen. Ueber die Wohlfahrt, die sie als städtische Arbeiter genießen, ist ihnen bis jetzt noch nichts bekannt geworden. Die Bevorzugung einzelner Arbeiter spricht so recht deutlich für die dort gehandhabte Praxis. Die Sache geht so weit, daß „oben“ gut angeordnete Arbeiter Urlaub gewährt wird, damit sie auf dem Pferdemarkt in ihrer einkommensreichen Freizeit einen besseren Verdienst als im Werk selbst erzielen können. Ueber die Bezahlung der Leertage wird auch hier Klage geführt. Wer an Feiertagen arbeiten muß, hat den richtigen Vorteil, daß ihm zwei Stunden mehr zugezählt kommen als dem Arbeiter, der nicht arbeitet. Wir finden diese auch in den anderen Betrieben gehandhabte Praxis recht sonderbar. Die Arbeiter werden in den ersten drei Stunden mit 25 Proz. in der vierten und den darauf folgenden mit 50 Proz. vergütet. Es müssen natürlich auch viel Leertage geleistet werden. Die Arbeiter verlangen sehr gern auf die gesamten Leertage, die Anforderungen, die an sie gestellt werden, lassen diese Ablehnung nur zu begreiflich erscheinen.

Der Arbeiterausschuss findet auch hier noch genug Arbeit, wenn er die Mißstände beseitigen will.

Auf der Gasanstalt läßt die Einführung des Achtstundentages für die Betriebsarbeiter immer noch auf sich warten. Die Arbeiter sind aber ernstlich gewillt, dafür zu sorgen, daß dies nicht auf die lange Bank geschoben wird. Bei der nervenzerrüttenden Tätigkeit und dem ständigen Wechsel von Hitze und Kälte ist es wohl endlich am Platze, daß der Magistrat und die Gaswerksdirektion ihren Standpunkt aufgeben und den Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen. Bei der Urlaubsverteilung scheint man sich hier besonderer Zurückhaltung zu befleißigen. Damit die Arbeiter in dieser Zeit nicht so übermüdet werden, werden ihnen 3,95 Mk. statt 4,50 Mk., die sie sonst verdienen, ausgezahlt. Aus welchem Grunde diese „Zurückhaltung“ getroffen wurde, ist den Arbeitern trotz eifriger Nachforschungen noch nicht recht klar geworden. Es hat den Anschein, als wolle man den Arbeitern den Urlaub verkürzen.

Die im Maschinenbetriebsamt am städtischen Hafen beschäftigten Arbeiter sind mit der Regelung ihrer Löhne durchaus unzufrieden. Nachstehende kürzlich beschlossene Resolution spricht für sich selbst: „Die Arbeiter des Maschinenbetriebsamts protestieren gegen die im April d. J. erfolgte Regelung der Löhne. Entsprechend ihrer Arbeitsleistung und den damit verbundenen Gefahren erblicken sie darin eine Zurücksetzung gegenüber den anderen bei der Stadt beschäftigten Arbeitern. Die Versammelten erwarten daher, daß der Magistrat erneut zu dieser Frage Stellung nimmt, die Löhne einer eingehenden Prüfung unterzieht und wie bei den anderen Arbeitern des Hafenbetriebs eine zeitgemäße Lohnaufbesserung vornimmt.“

Die Arbeiter des Wasserwerks klagen darüber, daß nicht wie früher die Wohlfahrt ausliege. Es wird von den Arbeitern gewünscht, daß diese doch mindestens am Donnerstag einer jeden Woche bis Arbeitschluß zur Einsichtnahme zugänglich gemacht werden. Auch die Unregelmäßigkeit des Urlaubs, besonders aber die unzureichende Höhe der dort gezahlten Löhne geben zu Klagen Anlaß. Die Löhne entsprechen bei weitem nicht den Anforderungen, die an den Arbeiter und seine Familie gestellt werden. Eine Aufbesserung ist unbedingt notwendig.

Auf den Friedhöfen und bei der Gartenverwaltung werden wohl die schlechtesten Löhne bezahlt. Auch dort steht der Arbeiterausschuss nur auf dem Papier. Teilweise ist er nicht einmal vollständig, aber die Verwaltung hat eine Ersatzwahl immer noch nicht vornehmen lassen. Es hat den Anschein, als ob der Arbeiterausschuss nur ein Dekonstrationsmittel wäre, da von einer ernstlichen Tätigkeit im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter nicht geredet werden kann. Die Behandlung läßt auch noch sehr viel zu wünschen übrig. Bei der letzten Lohnregulierung sind die Arbeiter gar nicht berücksichtigt worden. Es hat den Anschein, als seien die Arbeiter auf den Friedhöfen und bei der Gartenverwaltung die Stiefkinder des Magistrats.

Die Arbeiter und Handwerker sämtlicher Betriebe sind vollständig darin einig, daß nur durch große und starke Organisation eine nennenswerte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aller bei der Stadt Beschäftigten zu erreichen ist. Hier wie überall hat das rüchthändige Verhalten des Magistrats die Arbeiter auf den Wert der Organisation hingewiesen. Es ist Ehrenpflicht aller derjenigen städtischen Arbeiter, die sich noch nicht der Organisation angeschlossen haben, daß sie von dem ihnen zutreffenden Solidaritätsgebot Gebrauch machen und sich dem Verband der Gemeindefunktionäre anschließen. Nur die Organisation ist in der Lage, den Anforderungen an den Magistrat den nötigen Nachdruck zu verleihen.

†. Str.

## Aus der Praxis für Arbeiterversicherung.

**Vorbereitende Krankenpflege und Invalidenversicherung.** Es war schon früher im Krankenversicherungsamt erwogen worden, ob die bei den militärärztlichen Untersuchungen gemachten Wahrnehmungen über den Gesundheitszustand einzelner Wehrdienstpflichtiger und zum Truppendienst Einberufener für die Durchführung der vorbereitenden Krankenpflege und der Heilbehandlung nicht mehr als bisher verwertet werden könnten. Neuerdings hat der Reichsanwalt Anlaß genommen, sich in dieser Angelegenheit mit den Bundesregierungen zur Erzielung einheitlicher Maßnahmen in Verbindung zu setzen. Es haben darauf sämtliche Regierungen mit Ausnahme der sächsischen, die sich zunächst abwartend verhalten will, an die Zentralveränderungen der Ertragskommissionen und die unteren Verwaltungsbehörden entsprechende Anweisung erlassen. Auch ist an die Truppendeile, Behörden und Sanitätsbeamten das Erforderliche verfügt worden. Danach werden in allen Bundesstaaten folgende, die Träger der Invalidenversicherung betreffende Maßnahmen beabsichtigt werden: Militärische Verhältnisse werden solche Personen, für die nach den Wahrscheinlichkeiten bei den militärischen Untersuchungen ein Eingreifen zur Verhütung von Krankheiten oder eine Heilbehandlung in Frage kommt, den zur Einleitung der geeigneten Maßnahmen berufenen Stellen namhaft gemacht werden. Die Untersuchungen sollen sich auf alle Krankheitszustände beziehen, die nach Ansicht des untersuchenden Militärarztes die Einleitung eines Heilverfahrens angezeigt erscheinen lassen, ins-

Besondere auf solche, deren Bedeutung, wie bei manchen Lungen-, Nerven-, Augen-, Chrenkrankheiten usw., häufig den Kranken selbst nicht erkennbar ist.

**Umfang der Krankenversicherung.** Das „Leipziger Tageblatt“ schreibt: Der Umfang des Krankentassenwesens in Deutschland wird in der Regel überschätzt. Man meint, außer den Selbständigen und Beamten wäre so ziemlich alles versichert. Nach der neuesten Aufnahme betrug nun die Zahl der Mitglieder der Krankentassen im Deutschen Reich, soweit vergleichbare Berichte vorliegen, noch nicht 1½ Millionen. Die genaue Zahl ist 4741794. Männer sind insgesamt noch nicht ganz 3½ Millionen, Frauen 1,4 Millionen versichert. Die genauen Zahlen sind 3331147 Männer und 1410647 Frauen. Auf Preußen entfallen über 2 Millionen männliche Mitglieder von Krankentassen, genau 2063584. Die Zahl der Frauen beträgt hier 787033. Die Zahl der Mitglieder von Krankentassen in Berlin übertrifft die Zahl der Versicherten in allen anderen Bundesstaaten. In Berlin sind 157503 Männer und 269846 Frauen Mitglieder von Krankentassen. Selbst das Königreich Sachsen hat nur 403689 männliche und 198275 weibliche Krankentassenmitglieder. Dem Krankentassenwesen des Königreichs Sachsen kommt das des Regierungsbezirks Düsseldorf fast gleich. Dort sind 359570 Männer und 97325 Frauen Mitglieder von Krankentassen. Dieser Bezirk übertrifft noch das ganze Königreich Bayern, wo 265076 Männer und 162913 Frauen versichert sind. Von den preussischen Regierungsbezirken folgt Arnberg mit 154308 Männern und 53650 Frauen, dann das Großherzogtum Baden mit 141657 Männern und 75817 Frauen, ferner Württemberg mit 125208 Männern und 61202 Frauen. Fast ebensoviel hat für sich allein der Regierungsbezirk Köln mit 125405 Männern und 40123 Frauen. Über 100000 versicherte Männer haben außerdem noch der Regierungsbezirk Wiesbaden mit 101213, außerdem 85915 Frauen. Je 1½ Millionen Mitglieder verteilen sich auf 3424 Massen, die es im ganzen Deutschen Reich gibt. Von diesen sind 2185 Betriebs- oder Fabrikkrankentassen, 762 Ortskrankentassen, 407 Innungskrankentassen, 33 Gemeindefrankentassen sowie 7 andere Massen. Bei diesen Zahlen sind die 1130 Hilfskassen nicht berücksichtigt. Sie haben zusammen 253368 männliche und 25014 weibliche Mitglieder. Rechnet man die Mitglieder der Hilfskassen hinzu, so erhält man insgesamt 5019776 gegen Krankheit Versicherte.

### Aus den Stadtparlamenten.

**Charlottenburg.** Eine Unfallfürsorge für die städtischen Beamten will Charlottenburg einrichten. Alle Kommunalbeamten sollen, wenn sie einen Betriebsunfall erleiden, Pensionen oder Renten und ebenso im Falle ihres Todes ihre Hinterbliebenen erhalten. Bei dauernder Dienstunfähigkeit und völliger Erwerbsunfähigkeit sollen 75 v. H. des jährlichen Dienst Einkommens gezahlt werden. Die Rente der hinterbliebenen Witwe soll nach dem neuen Erbsatz nicht unter 200 Mk. und nicht über 6000 Mk. betragen. Die von den Krankentassen oder der Gemeindefrankentassenversicherung geleisteten Krankenunterstützungen sind bis zum Ablauf der 26. Woche nach Eintritt des Unfalls auf die Pension bzw. die Rente und den Ersatz der Kosten des Selbstversorgens in Anrechnung zu bringen. Diese Bezüge treten an die Stelle derjenigen Pensionen und derjenigen Witwen- und Waisengelder, die den Beteiligten auf Grund anderweitiger Vorschriften des Ortsstatuts zufließen, soweit nicht die letzteren die neuen Bezüge übersteigen. Das Ortsstatut wird auf sämtliche durch Privatdienstvertrag angenommene Dienstverpflichtete und händige Arbeiter, sowie Kommunalbeamte, auf die Schulleiter, Lehrer und Lehrerinnen an sämtlichen Schulen der Stadtgemeinde, auf die Feuerwehr und auf die Betriebsleiter der Gasanstalten und des Wasserwerkes angewendet.

**Düsseldorf.** Seitens der städtischen Verwaltung ist ein neuer Lohnsatz für die städtischen Arbeiter ausgearbeitet worden, der am 1. April 1905 in Kraft treten soll. Der Lohnsatzentwurf sieht nicht nur eine allgemeine Lohnverbesserung vor, sondern auch eine einheitlichere Gestaltung der Lohnverhältnisse. Auch die Unterschiede zwischen verheirateten und unverheirateten Arbeitern werden aufgehoben. Ferner sieht der Entwurf die Aufhebung der Zwangsparafälle vor. — Unsere Düsseldorfer Kollegen mögen auf der Wacht sein und schauen, daß sie sich bei der Neugestaltung der Dinge gehörig zur Geltung bringen.

### Aus unserer Bewegung.

**Berlin.** Die Straßenreiniger Berlins hielten am 10. d. Mts. eine öffentliche Versammlung im „Königstättchen Kasino“ ab. Der Vortrag des Kollegen Wukh über „Unterstützungsleistungen der modernen Gewerkschaften“ wurde mit großem Interesse aufgenommen. Am nächsten Punkt der Tagesordnung wurde lebhaftes Interesse geführt über die Nichtberufung des Arbeiterausschusses durch die Direktion. Die ganze Einrichtung der Arbeiterausschüsse wird zum Teil dadurch illusorisch

gemacht, daß die Direktionen die Arbeiterausschüsse nicht in bestimmten Zeiträumen, mindestens vierteljährlich einmal, einberufen müssen. Auch müßte festgelegt werden, innerhalb welcher Zeit die Direktion bei eingereichten Anträgen des Arbeiterausschusses die Sitzung einzuberufen hat. Das Fehlen solcher Bestimmungen macht sich die Direktion der Straßenreinigung nun wirklich zunutze. Hatte dieselbe im Frühjahr d. J. schon einmal eingereichte Anträge erst ein viertel Jahr später zur Beratung gestellt, so bemüht sich die Direktion bei den letzten, am 5. Juli eingereichten Anträgen anscheinend, dieselbe Frist zu verstreichen zu lassen. Die Arbeiter mit ihren Wünschen und Forderungen können warten. Wenn auf der einen Seite die Berliner Stadtverwaltung die Einrichtung der Arbeiterausschüsse als soziale Wohltat preist, dann aber die untergeordneten Verwaltungsstellen ungebunden mit den heimlichen Mitteln gegen die Arbeiterausschüsse arbeiten dürfen, so kennzeichnet das so recht den Wert der ganzen Einrichtung. Die versammelten Straßenreiniger beschloßen, gegen diese Verschleppungspolitik der Direktion durch die Erbsenverwaltung des Gemeindefrankentassenverbandes bei der Deputation für die Straßenreinigung Beschwerde zu erheben. Die gerügte Verschleppungspolitik ist ja ersichtlich genug. Zur Tagesordnung stehen unter anderem Beschwerden der Arbeiter über Beeinträchtigungen durch die Vorgesetzten in Bezug auf Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation. Außerdem das Verlangen der Arbeiter, endlich einmal durchgreifende Maßnahmen der Direktion zu sehen, die geeignet sind, den entbrechenden Verschmäppungen der Arbeiter durch die Vorgesetzten ein Ende zu machen. Etwas anders müssen dieselben freilich aussehen, als bis jetzt geübt worden. Wenn die Direktion den Arbeiter überdies bestraft, der von seinem Vorgesetzten mit Ausdrücken, wie Lump, Strolch usw. belegt wird, den Schimpfenden aber frei ausgehen läßt, dann wird das die von den Arbeitern nicht gewünschten Folgen haben. Freilich „versprochen“ hat die Verwaltung manches Mal, den Zustand am Ende zu bereinigen. Wenn man auf der anderen Seite gleichmäßig zuzugibt, daß kleine Ungerechtigkeiten immer vorkommen werden, dann scheint man sich die Durchführung des vorgenannten Versprechens sehr leicht zu machen. Damit wird eben bei verschiedenen Herren der Glaube geschworen, man könne sich den Arbeitern gegenüber alles erlauben. Nicht nur auf dem Gebiete der Behandlung, auch auf dem der Organisationsangelegenheiten wird statt Macht Lüge und Willkür geübt. Besonders findet man es ja, daß die Organisation mit ihrer Kritik manchen der „Herren Vorgesetzten“ sehr unangenehm ist. Dann sollte man sich aber lieber bemühen, gerügte Missethäter abzuwehren, als gegen organisierte Arbeiter Spittel und Feder in Bewegung zu setzen. Der Demagog wird von jedem anständigen Menschen verachtet. Anständige Vorgesetzte werden sich aber auch hüten, von einem ehrlichen Arbeiter zu verlangen, seinen Mitarbeiter zu verraten. Anders aber ein Oberaufseher Wahmann. Derselbe bemüht sich schon bei Annahme der Arbeiter, dieselben zu veranlassen, sich nicht dem Verbanne anzuschließen. Im weiteren Falle „erfunden“ er sich bei Mitarbeitern, welche Achtung schätzte der Mann ein? Wenn das am grünen Holz geschieht, glauben Vorarbeiter (besonders einer namens Gerhardt, 1. Abteilung) und leider auch Arbeiter, sich Ruhm und Ehre zu verschaffen, ihre Kollegen anzuhängen und dann über eventuelle Verbandzugehörigkeit berichten zu können. So verächtlich das Treiben auch ist, so finden sich leider „Arbeiter“ in Halle und Kalle, die sich dessen nicht schämen. Diese Praxis wird von vornherein gegen neu anzustellende Arbeiter geübt. Mit der Annahme jener edlen Herren, damit die Organisation im Betriebe der Straßenreinigung unmöglich zu machen, wird man aber doch Schiffbruch erleben. Auch gegen längere Zeit in Arbeit befindliche Kollegen wird durch alle mögliche Art der Zurücksetzung in der Arbeit, Drohungen usw. versucht, im angeführten Sinne einzuwirken. Besonders die Art des Auftretens des Aufsebers gegen H. Breichung ist hier im vorgerücktesten Sinne zu verurteilen. Hierbei glauben wir mit Recht die Frage aufwerfen zu können, ob der Herr überhaupt für den Dienst zu gebrauchen ist. Derselbe leidet anscheinend an nervöser Gedächtnisschwäche. In den seltensten Fällen kennt derselbe nämlich die Arbeiter beim Namen. Dann redet er die Arbeiter an mit „Dingoda, gehen Sie mal da oder dort hin“. Wenn es ihm mal passieren würde, daß er auch den Namen des Bauers Scalla verfehlen sollte und dann sich in seiner Gedächtnisschwäche ähnlich befehlen würde, empfinde der Herr Direktor das schlichtlich als Beleidigung. Ob diese Annahme auch den Arbeitern gestattet ist, dürfte man billig bezweifeln. Die Beschwerden, die wir hier der Öffentlichkeit übergeben, veranlassen hoffentlich die Verwaltung, möglichst umgehend mit dem Arbeiterausschuß über Abstellung der gerügten Mißstände zu verhandeln. — Den Kollegen möchten wir hier aber zurufen, daß eine anständige Behandlung und die Achtung vor dem Koalitionsrecht am besten durch eine starke Organisation gesichert ist. Dabin gelangen wir aber nur durch eine unermüdliche Werbe- und Aufklärungsarbeit aller bisher organisierten Kollegen. Jedoch wird zur Verrichtung dieser Pflichten nicht nur das theoretische Wissen über die Macht und den Wert einer organisierten Arbeiterschaft gehören, sondern verschiedene Regeln der praktischen Betätigung müssen hier mitbeachtet werden.



Einmal muß jeder Kollege so anständig, wie er von seinen Vorgesetzten behandelt werden will, auch mit seinen Mitkollegen verfahren. Weiter darf kein organisierter Kollege durch Trunksucht und seine übernommenen Verpflichtungen im Arbeitsverhältnis vernachlässigen. Derselbe schädigt damit nur die Allgemeinheit. Wer diesen beiden Regeln neben der nötigen Erfahrung im Gewerkschaftsleben befolgt, wird offen und ehrlich für unsere Ziele: „Durch die organisierte Einigkeit der Arbeiter Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ eintreten können. Kollegen, als Männer nicht nur reden, sondern durch die Tat allüberall beweisen, daß man sein Bestes für die Verbesserung unserer Lebenshaltung einsetzt, dann werden vor dem End und unten alle unsere Widersacher wie Spreu im Winde verfliegen.

**Jülich.** Am Sonntag, den 15. September, fand hier eine allgemeine Versammlung der städtischen Arbeiter statt, die sich mit den Forderungen befaßte, die an die städtischen Kollegen zur Staatsberatung 1908 gelangen sollten. Landtagsabgeordneter und Gemeindevollmächtigter Genosse Segitz referierte über: „Die allgemeine Forderung und die Löhne der städtischen Arbeiter“. Von dem Kaiserwort ausgehend: „Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musteranstalten sein“, zersplitterte Segitz die sozialpolitischen Verhältnisse in Staat und Gemeinde. Wirkliche Sozialpolitik wird nur von den Sozialdemokraten getrieben, während die Stützen von Thron und Altar von dem Kaiserwort nicht viel hören wollen, da, wenn sie den Staats- und Gemeindearbeitern verschiedene Verbesserungen gewähren würden, auch ihre Arbeiter kommen würden. Kommt der heilige Geldsack in Gefahr, da vergißt man seine sozialpolitischen Pflichten zu erfüllen. Die Feuerungszulage, die die städtischen Arbeiter im Mai gefordert haben, sei in Anbetracht der Steigerung aller Lebens-, Gebrauchsmittel und der Mieten um 15 Proz. und darüber hinaus gerechtfertigt gewesen. Genosse Segitz wies dies ziffernmäßig nach. Diese geforderte Feuerungszulage wurde aber in Sinnicht auf den verbrauchten Kiefernselbst abgelehnt und auf die Staatsberatung verschoben. Der Kiefernselbst sei deshalb so mitgenommen worden, weil verschiedene Sachen aus demselben bestritten wurden, die anderweitig hätten gedeckt werden müssen. Man solle den städtischen Arbeiter nicht als notwendiges Übel oder als Lohnslaven betrachten, vielmehr soll man in ihm einen Gemeindeglieder und Umlagezahler erblicken, der da ist zur Aufrechterhaltung und Pflege öffentlicher Interessen. Wenn die städtischen Arbeiter an die Kollegen zur diesjährigen Staatsberatung Forderungen stellen werden, so kann er schon heute erklären, daß er mit seinen Parteigenossen voll und ganz dafür eintreten wird. — Nachdem verschiedene Betriebsmängel noch besprochen wurden, kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die heutige allgemeine Gemeindegliedererversammlung stimmt den Ausführungen des Referenten in allen Punkten zu. Die Versammelten haben es am eigenen Leibe verspürt, daß alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter, sowie die Mieten in die Höhe gegangen sind. Da aber die Löhne nach den Regulativen nur langsam und unbedeutend steigen, so sind die städtischen Arbeiter in eine Notlage geraten. Die zurzeit bezahlten Löhne reichen nicht aus, eine Familie zu ernähren. Ferner nimmt die Versammlung Kenntnis, daß noch Praxis ist, daß Arbeiter mit 2,50 Mk. Tagelohn, also unter dem ortsüblichen Tagelohn, eingestellt werden, welche letzterer für die hiesige Stadt für ungelernte Arbeiter 2,40 Mk. pro Tag beträgt. Die Versammlung beantragte daher den Vorstand des Gemeindegliedererverbandes, zur Staatsberatung 1908 an die städtischen Kollegen eine Eingabe gelangen zu lassen, in der u. a. gefordert werden soll: 1. eine allgemeine Lohnzulage von durchschnittlich 10 Proz., 2. daß die Löhne der gelehrten Arbeiter den Löhnen gleichkommen sollen, die in den Privatbetrieben gleicher Sparte bezahlt werden, 3. der ortsübliche Tagelohn soll als Minimallohn für städtische Arbeiter gelten, 4. die sozialpolitischen Vergütungen der Arbeitsordnung des Kaiserwerkes sollen auch auf die Laternenanzünder ausgedehnt werden, 5. für alle Arbeiter mit Schichtwechsel soll der häusliche Arbeitstag eingeführt werden, 6. Befestigung von Kistständen in den Betrieben. Die Versammlung hofft zuversichtlich, daß die städtischen Kollegen den angegebenen Verhältnissen entsprechend die minimalen Forderungen genehmigen wird. Kollege Scherzer forderte noch auf, zusammenzuballen und weiter zu agitieren für den Verband. Kein Arbeiter dürfe in der Organisation fehlen. Seit Gründung der hiesigen Zentrale im Jahre 1901 ging es auf allen Punkten vorwärts. Alle Forderungen sollten in sozialpolitischer Hinsicht und der Organisation zu danken. Allerdings ging es nicht in dem Tempo vorwärts, wie man es gefordert und erwarten konnte, aber immerhin langsam aber sicher gingen die Verbesserungen vorwärts. Seit Gründung der Zentrale sind nun 6 Jahre ins Land gegangen und keine andere Organisation hat sich um die elenden Lohnverhältnisse bekümmert. Nun, nachdem wir hier mit wenigen Ausnahmen alle Kollegen organisiert haben, soweit sie organisationsfähig waren, kommen auch die „Niride“ auf den Plan und laden zu einer sehr wichtigen Versprechung ein. Auf einmal nun schlägt auch bei dem hiesigen Generalstab von Nürnberg Jülich das Herz für die städtischen Arbeiter. Evident sei, daß die hiesigen Kollegen einzig waren, indem kein einziger Arbeiter der Ein-

ladung der Organisationszerstörer gefolgt sei. Damit haben die Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß für sie nur der Verband als Schirm und Hort der städtischen Arbeiter gilt, sie haben aber auch damit ihre Verachtung diesen Herren gegenüber ausgedrückt. Sollten diese „Organisatoren“ wieder einmal einen zweiten Versuch machen, dann müsse genau so gehandelt werden. Mein Arbeiter darf die Versammlung dieser Menschenfreunde besuchen, die ja nur einberufen wurde, um im Trüben fischen zu können. Mit dieser Aufforderung schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

**Gotha.** Am 21. September, abends 9 Uhr, tagte eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter im Gewerkschaftshaus. Kollege Berthold-Weipzig hielt ein Referat über: „Die Kämpfe der städtischen Arbeiter“. Referent wies darauf hin, wie schwer es den Arbeitern seitens der Verwaltungen, und nicht das allein, auch durch die Gelben und Schwarzen gemacht wird, ihre Wünsche und sonstigen Forderungen durchzuführen. Durch Beispiele führte er an, wie nötig es ist, sich der Organisation anzuschließen, denn nur dadurch können wir leichter zum Ziele gelangen. Keiner Beifall lohnte seine Ausführungen. — Ferner wurde den Kollegen durch den Vorsitzenden, Kollegen Müller, bekannt gegeben, daß sich der Stadtrat endlich einmal bequemt hat, auf die am 25. April eingereichte Eingabe betreffs Einführung eines Arbeiterausschusses ein Antwortschreiben zurückzusenden. Der Stadtrat bemerkt in diesem Schreiben, daß er gegen einen Arbeiterausschuß nichts einzuwenden habe, er erklärt aber dabei, daß in anderen Städten so groß wie Gotha keine Arbeiterausschüsse beständen. Es wurde durch Stimmzettel einstimmig beschlossen, nochmals eine Eingabe einzureichen, welche die Notwendigkeit eines Arbeiterausschusses zum Ausdruck bringt. Zugleich enthält die Eingabe noch die Fragen, nach welcher Dienzeit ein Arbeiter angestellt würde und wann die im vorigen Jahre ausgesperrten Arbeiter wieder in den Besitz ihrer alten Rechte kämen. Ferner wurde eine Lohnforderung in Erwägung gezogen. Sie wurde aber bis zur nächsten Versammlung, die am 26. Oktober stattfindet, vertagt. Hierauf folgte Schluß der Versammlung. — Wir wollen hoffen, daß der gute Geist, von dem die Versammlung besetzt war, weiter anhält und dazu beiträgt, daß sich die städtischen Arbeiter Gothas immer mehr und mehr ihrer Lage bewußt werden und sich innerhalb ihrer Organisation dem kämpfenden Proletariat anschließen.

**Wahr.** Unsere Organisation scheint verschiedenen Vorgesetzten ein Dorn im Auge zu sein, und da man sich scheute, öffentlich seine liberalen Grundzüge zu verleugnen, so will man den Kollegen durch allerhand verdeckte Drohungen den Verband verfehlen. So äußerte der Herr Straßenmeister Wehringer zu einigen: „Tretet nur in den Verband ein, ihr werdet schon sehen, wie es Euch geht!“ oder ein andermal: „Was ist's, habt Ihr's schon wieder vom Verbands?“ Der Vorsitzende, Kollege Dahn, wurde vor einiger Zeit von Herrn Stadtbaumeister Kägele selbst unberechtigtweise heruntergerissen. Herr Kägele genießt den Ruf, ein fortschrittlich gesinnter Mann zu sein, der sich als früherer Beamter der sozial fortgeschrittenen Stadt Mannheim soziale Grundzüge erworben habe. Wie sich aber obige Handlungsweise mit sozialen Grundzügen zusammenreimt, ist uns nicht recht erklärlich. — Im Mai reichte die Organisation eine Eingabe um 40 Pf. Lohnerhöhung, wöchentlichen Zahlung und Einführung einer Arbeitsordnung ein. Kurz darauf wurden auch Aufbesserungen um 10 und 20 Pf. täglich eingeführt. Der wöchentliche Zahlung wurde ebenfalls eingeführt. Die Arbeitsordnung soll in nächster Zeit eingeführt werden. Damit nun diese kleinen Verbesserungen nicht als Erfolg der Organisation aufgefächert werden sollen, wird den Arbeitern fortgesetzt erklärt, die Aufbesserungen wären von selbst gekommen, ebenso der wöchentliche Zahlung. Der Entwurf zu einer Arbeitsordnung sei schon im Jahre 1904 von Herrn Stadtbaumeister Kägele ausgearbeitet worden. Wenn das richtig ist, so muß man sich verwundert fragen: Ja, warum ist dann nicht früher aufgefächert worden, und warum jetzt so ärmlich? Warum herrscht denn dann solche Mangelhaftigkeit, daß man heute aufbessert und morgen wieder streicht? Wie dies tatsächlich vor kommt. Die ärmlich schlichten Löhne existieren heute noch. Jetzt noch werden Arbeiter mit 2,10, 2,50 und 2,60 Mk. ja sogar mit dem furchtlichen „Lohn“ von sage und schreibe 1,90 Mk. entlohnt, ohne daß die Stadtverwaltung „von selbst“ aufbessert. Nur den wöchentlichen Zahlung war ebenfalls das Bedürfnis schon längst vorhanden. Die Arbeitsordnung müßte die Arbeiter ebenfalls nichts, wenn sie im Aktienmarkt des Stadtbauamts verhaßt. Dazu kommen noch die schönen Titulaturen wie Sempel, Delle usw., mit denen die Arbeiter beehrt werden. Beim Ausgehen herrscht meist die größte Unruhe, da keinem Arbeiter mitgeteilt wird, wie seine Lohnsumme berechnet ist. Man sieht, daß die Kollegen allen Anlaß haben, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, da trotz allen schönen Worten „von selbst“ nichts verbessert wird. Den vorgeschrittenen Beamten aber möchten wir raten, sich lieber selbst zu organisieren, anstatt den Arbeitern durch verdeckte Drohungen und heimliche Schikanen die Organisation zu verfehlen, denn auch ihre Gehälter in Jahr sind noch lange nicht vorbildlich. Von dem Herrn Oberbürgermeister aber darf man, wenn er ein wirklich liberaler Mann ist, wohl erwarten, daß er das Realitäts-

recht der Arbeiter nicht verkümmern läßt, denn es hat noch jeder Stadtgemeinde und jedem Stadtvorstand zur Ehre und zum Vorteil gereicht, wenn eine aufgeklärte, aus Taten gewöhnliche Arbeiterschaft vorhanden ist. Der Kommission zur Ausarbeitung einer Arbeitsordnung aber möchten wir speziell die Arbeitsordnungen nebst Begründung von Mannheim, Ludwigshafen, Kitzb u. a. empfehlen, damit eine Arbeitsordnung zustande kommt, mit der sich Jahr im Kreise der übrigen Städte sehen lassen kann.

**Magdeburg.** Am 21. September fand in der „Bürgerhalle“, Anochenbaurufer, unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Strunk referierte über: „Die Stadtgemeinden und ihre Arbeiter“. Besonders Interesse seitens der Kollegen wurde auf die Errichtung unseres Saubureaus gelegt. Die geflozene Diskussion zeigte die dringende Notwendigkeit dieser Einrichtung. Als Vertreter des Verbandsvorstandes war der Kollege G. Hymann-Berlin anwesend. Er sagte recht baldige definitive Besetzung des Saubureaus zu. Vom Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß die einzelnen Kollegen regen Gebrauch von dem Saubureau machen sollten, damit der dort antretende Kollege auch über alle Vorgänge in den einzelnen Betrieben informiert sei. Das Bureau befindet sich in der Gr. Münzstr. 3, 3 Tr. I., im Hause der „Volksstimme“. Die Sprechstunden dauern von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß in den letzten Wochen in allen Betrieben Versammlungen stattgefunden haben. Der Besuch war ein sehr guter und ist ein erfreulicher Zugang von Kollegen, die der Organisation noch nicht angehört haben, zu verzeichnen. Die Organisation marschiert rüstig weiter trotz kleinlicher Schikanen unterer Vorgesetzter derjenigen Betriebe, wo die Organisation noch nicht in dem Maße vertreten ist, wie es wünschenswert wäre. Er spricht die Erwartung aus, daß die Kollegen recht bald das Versäumte nachholen werden. Von anderen Rednern wurde lebhaft Mäße geführt, daß das Versammlungsort für die Mitglieder- Versammlungen nicht mehr genüge, da es derartig überfüllt ist, daß ein Teil der Kollegen von dem Besuch Abstand nehmen muß. Vom Vorstand ist schon für Abhilfe gesorgt. Die nächsten Versammlungen finden daher im großen Saale der „Bürgerhalle“ statt. Es wird nun an den Kollegen liegen, recht lebhaft Propaganda für die Mitglieder- Versammlungen zu machen. Das Ableben eines Mitglieds wurde in der üblichen Weise geehrt. Der Vorstand und die Vertrauensleute unterbreiten der Mitglieder- Versammlung den Antrag, den Kollegen Thiele vom städtischen Hafen gemäß § 6 unseres Statuts aus unserem Verbande auszuscheiden. Die Versammlung beschließt dementsprechend gegen eine Stimme. Nach Erledigung eines Unterstützungsantrages, dem die Versammelten zustimmten, fand die gut besuchte Versammlung um 12 Uhr ihr Ende.

### Rundschau.

**Kommunale Steuerquellen.** Bei der Notwendigkeit für eine große Reihe von Kommunen, neue Steuerquellen zu eröffnen, ist man vielfach auf die Wertzuwachssteuer verfallen, die den Gemeinden einen Anteil an der Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis, je nach der Dauer des Verweils in einer Hand, liefert. Ist hier die Besteuerung leicht und ausgleichend, so ist dies bei einer anderen Steuerart, der sogenannten Grundwertsteuer, weniger der Fall. Diese Steuerart erfreut sich noch nicht so großer Verbreitung, doch treten ihr immer mehr Gemeinden näher und in Sachsen, besonders in der Umgebung von Leipzig, wird sie ziemlich häufig angewandt. Während die Wertzuwachssteuer erst bei einem Besitzwechsel (neben den gewöhnlichen Besitzwechselabgaben) Ertrag bringt, soll die Grundwertsteuer von Jahr zu Jahr einen möglichst steigenden Ertrag liefern und damit die direkten Verbrauchssteuern entlasten. Die Grundwertsteuer ersetzt die Gemeindegrundsteuer, die auf dem Ertrags des Besitzes beruht, insofern, als sie den Grund und Boden besteuert, doch beruht ihre Veranlagung auf anderen Grundlagen. Der Grundwert in den Gemeinden nahe an Großstädten steigt auf natürliche Weise durch Ausdehnung der Stadt und Bebauung des Vorortes, auf künstliche Weise durch die Sanierung des Ortes durch Kanalisierung, durch Wegeverbesserung, durch Errichtung von Schulen usw. Diese Verbesserung der Verhältnisse eines Ortes kostet natürlich Geld, und es wäre ungerecht, diese Kosten einzig und allein den Personen, die zumeist in der ersten Zeit des Aufblühens des Ortes wenig steuerkräftig sind, aufzubürden. Man verteilt daher diese Kosten auf die Fläche des Grundbesitzes bezw. auf die Häuser, indem man davon ausgeht, daß sie durch das Heranrücken der Großstadt und die Verbesserung der Verhältnisse die Aussicht auf guten Verkauf usw. gewinnen. Theoretisch ist dies alles ganz richtig. Die Schwierigkeiten beginnen aber mit der Veranlagung zur Steuer, wenn der „Wert“ bemessen werden soll. Hier den geeigneten Maßstab zu finden, macht viel Kopfzerbrechen, denn nicht immer kann man sich nach den Preisen richten, die in der Nachbarschaft für Areal angelegt worden sind. Es spielen dabei zu viel Zufälligkeiten mit, und wenn man selbst bei der Veranlagung von Grundstücken, die in neuerer Zeit ihren Besitzer gewechselt haben, den Kaufpreis zugrunde legt, kann man das Grundstück durch die Steuer von 2 pro Mille, wie sie gewöhnlich erhoben wird, zu stark belasten. Nicht immer sind Grundstückskaufe

Spekulationskäufe, und die Erschließung und Bebauung eines Areals hängt noch von anderen Faktoren ab als von dem guten Willen des Besitzers. Immerhin ist bei diesem Besitzwechsel in neuerer Zeit ein Anhalt zur Bemessung des Wertes gegeben, der natürlich bei langjährigem Besitz in einer Familie völlig versagt. Hier kann man nur schätzen und es ist eine sehr diffizile Arbeit, unter Berücksichtigung aller Verhältnisse einen Wert zu finden, der den gerechten Ansprüchen der Gemeinde entspricht und den landwirtschaftlichen Betrieb doch nicht zu stark belastet. Gewöhnlich richtet man daher für die Grundstücke der Gemeinde Wertzonen ein und sucht damit dem Mittel nahe zu kommen. Eine ganz gerechte Lösung ist freilich dabei auch nicht gefunden, denn es kommt vor, daß gerade in der Nähe der niedrigsten Wertzone eine Eisenbahn gebaut wird, eine Fabrik sich ansiedelt oder Villen entstehen, die sich gern von der Großstadt weit entfernen. So beifügt der frühere Besitzer dieses Areals großen Gewinn ein, ohne daß er, diesem entsprechend, bisher zur Steuerleistung herangezogen werden konnte. Da aber die Grundwertsteuer für die Aufbringung der Gemeindekosten, die trägt gewöhnlich die Hälfte, nicht zu umgehen ist, wenigstens da, wo sie besteht, so kommt man immer mehr dazu, noch eine Wertzuwachssteuer einzuführen bezw. beide Steuerarten zu kombinieren. Auf diese Weise sind die Gemeinden imstande, ihren Haushaltsplan durch sichere Steuereingänge im Gleichgewicht zu erhalten und bei Besitzwechsel größere Summen einzusteuern, die zum Vermögen geschlagen werden.

**Aufruf!** Wir erhalten folgende Zuschrift: Sämtliche Arbeiter des Reigner Granitwerkes von Cöwold Möblier sind schon die 11. Woche ausgesperrt, weil sie sich nicht ohne weiteres einem neu eingeführten Kontroll- und Straffsystem unterwerfen wollten. Die ganze Bewegung ist aber nunmehr zu einem Kampfe um das höchste Gut der Arbeiter, um das Koalitionsrecht ausgeartet. Jeder Arbeiter, welcher in dem Eldorado des Herrn Möblier in Arbeit tritt, muß sich durch Ehrenwort und Handschlag verpflichten seiner freien Gewerkschaft anzugehören. Es wird ihm aber freigestellt, einer sogenannten gelben Gewerkschaft, welche unter dem Namen: „Freie Vereinigung deutscher Steinarbeiter“ von den Hausierern des Herrn Möblier gegründet wurde, beizutreten. Nach allen Teilen des In- und Auslandes hat nun Herr Möblier seine Agenten ausgesandt, welche zum Teil unter falschen Vorispiellungen versuchen müssen Arbeitswillige anzuwerben. Ja, sogar in die Mafsen hat er seine gelben „Aufklärungsplakate“ gelangen lassen, in der Hoffnung, daß die jetzt entlassenen Meister zum Verräter an ihren Massengenossen werden möchten. Arbeitsbrüder! Wir fordern Euch auf, folgt nicht den Verlockungen des Herrn Möblier. Werdet nicht zum Verräter an Euren Mitarbeitern! Gebt den gewissenlosen Agenten des Herrn Möblier die Antwort, die ihnen gebührt! Denn unser Kampf ist auch Euer Kampf und unser Sieg ist auch Euer Sieg! Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Gewerkschaftsleiter Reichen.

Reichen die Kinder der Armen in ihrer körperlichen Entwicklung zurück? Diese Frage wird häufig von den Verteidigern der heutigen, so trasse soziale Unterschiede aufweisenden Gesellschaftsordnung verneint. Man weist da gern auf die „strobenden Bäden“ der sich auf der Straße tummelnden Kinder des Volkes hin, denen die bleichen und hohlen Wangen der schuldüberbürdeten unglücklichen Kinder der oberen Kreise gegenübergestellt werden. Auch in dem Sprichwort: „Salz und Brot macht Wangen rot“ drückt sich ja eine ähnliche, jedenfalls nicht durch Selbsterfahrung gewonnene Weisheit aus. Wie wenig diese Behauptungen den Tatsachen entsprechen, wird neuerdings durch eine Untersuchung bestätigt, die Dr. V. Radenzky und Captain Foster in den öffentlichen Schulen Glasgows veranstaltet haben, und deren Resultate vom schottischen Bildungsdepartement veröffentlicht werden. Die Untersuchungen erstreckten sich auf 72 557 Kinder, deren Größe und Gewicht während zweier Jahre (1905/06) festgestellt und in Beziehung zu den häuslichen Wohnungsverhältnissen der Kinder gesetzt wurde. Dabei ergab sich, daß bei Kindern gleichen Alters Größe und Gewicht regelmäßig mit der Zahl der von der Familie bewohnten Räume wachsen. Bei den Knaben gestaltete sich das Verhältnis folgendermaßen:

Zahl der Böhräume	Durchschnittliches Gewicht im Alter von			Durchschnittliche Größe im Alter von		
	5	9	13	5	9	13
Jahren	Pfd.	Pfd.	Pfd.	cm	cm	cm
1	33,8	46,7	63,5	97,5	116,3	133,5
2	35,0	48,2	65,6	99,8	119,0	135,3
3	35,9	49,8	68,1	101,8	120,5	137,8
Mebr als 3	36,1	51,1	69,7	103,5	122,3	139,5

Bei den Mädchen sind die Resultate ganz ähnliche. Bei der großen Zahl der untersuchten Fälle und der Gleichmäßigkeit des Ergebnisses ist nur ein Schluss möglich: daß nämlich das arme Kind auch am meisten in seiner körperlichen Entwicklung leidet und zurückbleibt. Vergleiche hierzu des Monatsberichts Brief in der heutigen Nummer der „Gewerkschaft“.



## Internationale Rundschau.

Die fünfte internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen fand am 15. und 16. September in Christiania (Norwegen) statt. Den Bericht des Internationalen Sekretariats gab E. Legien. Es wurde u. a. über die Regelung der Auswanderung durch die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften, ferner über die Organisation der Seeleute und über das internationale Uebereinkommen über die Verbote der Verwendung gesundheitsgefährlicher Stoffe in der Industrie verhandelt. Ein ausführlicher Bericht dürfte demnächst gedruckt erscheinen. Als Sekretär wurde Legien einstimmig wiedergewählt. Die nächste Konferenz findet 1910 in Wien statt.

**Belgien.** Der Kampf der Hafenarbeiter in Antwerpen dauert fort.

**England.** Die Wirkung der Eisenbahnerbewegung. Bekanntlich streikt ein kleiner Teil der englischen Eisenbahner. Unter dem übrigen Teil derselben findet gegenwärtig eine Abstimmung darüber statt, ob der Streik allgemein werden soll. Schon der jetzige kleine Streik hat in sieben Tagen einen gewaltigen Sturz der Aktien der 28 hauptsächlichsten Gesellschaften auf der Londoner Börse von insgesamt 200 Millionen Mark verursacht. Wie nun, wenn es erst zum allgemeinen Ausstand kommt? Man erwartet, daß 40 Proz. der Arbeiter bei der Abstimmung für sofortigen allgemeinen Streik stimmen werden.

**Österreich.** Vemberg. Am 27. September sind die in der städtischen Gasanstalt beschäftigten Arbeiter und Lampen-angänger in den Ausstand getreten.

**Frankreich.** Unsere französische Bruderorganisation hielt ihren Jahreskongress vom 12. bis 15. September in Marseille ab. Der monatlich erscheinende „Travailleur Municipal“ (Gemeindearbeiter) erschien daher in seiner Septembernummer auf volkreichenm Papier. Gleichzeitig war darin die Disposition für die vier Kongressstage enthalten.

## Eingegangene Schriften und Bücher.

**Kommunale Praxis.** Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Eitelmann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 34 und 35. Vierteljährlich nur 2,50 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

**Die Neue Zeit.** Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 51 des 25. Jahrg. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

**Die Neue Gesellschaft.** Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Villy Braun. Verlag: Berlin NW. 6, Charitéstr. 3. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk. 3. Jahrgang. Heft 13.

**Endeutscher Postillon.** Verlag: M. Ernst in München, Sendlingerstr. 4. Nr. 20. Preis pro Nummer 10 Pf.

Die „Freie Hochschule Berlin“ gibt soeben ihr neues Vorlesungsverzeichnis heraus. Wie aus dem Vorwort hervorgeht, will sie, wie auch bisher, mit ihren Vorlesungen insbesondere Stellung nehmen zu den aktuellen Problemen der Wissenschaft und Kunst. Es sind 43 Vorlesungen angekündigt aus allen Wissensgebieten: Naturwissenschaft, Natur-, Sexual-, Sozial- und Kunstwissenschaft, Literaturgeschichte, Geometrie, Musikgeschichte, die Kultur Japans und Australiens. Außerdem werden Kurse im Französischen, Englischen, Italienischen abgehalten. Eine eigenartige Neuheit dürfte die wissenschaftliche Rathausvorlesung sein: „Ueber die geistigen Strömungen um die Wende des 20. Jahrhunderts“ in ausgewählten Einzeldarstellungen an sechs Abenden, an denen das Thema von den Derten Völsche, Pirichfeld, Kappstein, Moepfen, Bengia, Wille behandelt wird.

Von Genf bis Stuttgart. Eine Gedenk- und Feitschrift an den Internationalen Sozialistenkongress zu Stuttgart 1907. 20 Seiten mit 41 Illustrationen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 20 Pf.

Führer durch die Unfallversicherung des Deutschen Reichs. Für die Versicherten nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung bearbeitet von Ernst Funke, Ministerium erziehender Sekretär im Reichsversicherungsamt. Verlag von Franz Vahlen in Berlin W. 8, Mohrenstr. 13/14. Preis für das einzelne Exemplar 50 Pf.

Deutsche Reichsgesetze in Einzelabdrucken. Verlag von Emil Roth in Gießen. (Pro Nummer 20 Pf.) Herausgegeben von Universitätsprofessor Geh. Justizrat Dr. Karl Gareis, München. Nr. 326/328: Die Kaufmannsgerichte. 60 Pf. Nr. 329/331: Krankenversicherungsgesetz mit allen bis auf die Neuzeit sich ergebenden Änderungen. 1.—Mk., geb. 1,50 Mk. Nr. 334/338: Die Militärpensionsgesetze vom 31. Mai 1906 und vom 17. Mai 1907. 1.—Mk., geb. 1,50 Mk. Nr. 339/341: Das Reichsbeamtenrecht. 1. Das Reichsbeamtenrecht vom 17. Mai 1907. 60 Pf. 2. Das Beamtenhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907. 60 Pf. Sämtlich als Tausendausgabe mit Einleitung, erläuternden Anmerkungen und alphabetischem Sachregister von Geh. Justizrat Dr. Karl Gareis.

## Verbandsteil.

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Wie den Kollegen bekannt, hat der letzte Verbandstag beschlossen, mit dem 1. Oktober 1907 die Erwerbslosenunterstützung in Kraft treten zu lassen. (§ 28 des Verbandstatuts.) Der Verbandsvorstand hat sich deshalb mit der Durchführung dieses Beschlusses beschäftigt und in seiner Sitzung vom 20. September d. J. bestimmt, daß hierfür folgende Grundzüge maßgebend sind:

### Ausführungsbestimmungen betr. die Erwerbslosenunterstützung.

#### Allgemeines.

Die Erwerbslosenunterstützung erstreckt sich auf die durch Krankheit und Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Fälle von Erwerbsunfähigkeit.

#### Anspruch auf Unterstützung.

1. Erwerbslosenunterstützung erhalten nur diejenigen Mitglieder, welche ab 1. Oktober 1906 oder vom späteren Eintrittsdatum ab gerechnet, mindestens 52 fällige Beitragswochen gezahlt haben und mit ihren Beiträgen nicht länger wie acht Wochen im Rückstande sind oder dieselben gestundet erhielten. Nachzahlung der über acht Wochen rezipierenden aber nicht gestundeten Beiträge ist unstatthaft.)

Die vor dem 1. Oktober 1906 geleisteten Wochenbeiträge bleiben bei der Feststellung der Berechtigung für den Bezug von Erwerbslosenunterstützung deshalb außer Betracht, weil die Einführung der Erwerbslosenunterstützung ab 1. Oktober 1907 für alle Mitglieder nur mit der ersten Unterstützungsstufe von 4 Mk. pro Woche in Frage kommt.

2. Bei Feststellung der Unterstützungsberechtigung sind nur die wirklich gezahlten Wochenbeiträge, nicht aber die beitragsfreien Marken zu summieren.

3. Mitglieder, welche Marken für Pensionierte haben, erhalten keine Erwerbslosenunterstützung.

4. Für die erste Woche der Erwerbsunfähigkeit wird keine Unterstützung gezahlt. Solche Tage kommen nicht in Berechnung. Der erste Tag der Erwerbsunfähigkeit wird bei Berechnung der Marenzeit mitgezählt.

5. Die achtstägige Marenzeit fällt weg, falls der eventuellen Krankheit eine siebenstägige Arbeitslosigkeit oder der eventuellen Arbeitslosigkeit eine siebenstägige Krankheit vorausging, jedoch muß der Geschäftsstelle des Verbandes von der ersten Krankheit resp. Arbeitslosigkeit des Mitgliedes rechtzeitig Meldung gemacht sein. Die achtstägige Marenzeit kommt gleichfalls in Wegfall, wenn die letzte Krankheit resp. Arbeitslosigkeit nicht länger wie sechs Wochen andauert.

6. Für die in die Arbeitslosigkeit fallenden einzelnen Tage der Beschäftigung kommt die Unterstützung in Wegfall.

7. Anspruch auf Unterstützung bei Erwerbsunfähigkeit kann ein Mitglied nur an dem Verbandsort erheben, wo es angemeldet ist. Ueberweisung nach einem anderen Ort kann nur stattfinden, wenn im Interesse der Gesundheit des Mitgliedes ein Aufenthaltswechsel erforderlich ist und ärztliche Behandlung nachgewiesen werden kann.

8. Des Anspruchs auf Erwerbslosenunterstützung geht ein Mitglied verlustig bei erwiesener Hebung der im Statut enthaltenen Vorschriften und der durch dasselbe auferlegten Pflichten, als auch der vom Vorstand erlassenen Kontrollmaßnahmen.

### Berechnung der Erwerbslosenunterstützung.

1. Beim Bezug von Erwerbslosenunterstützung bleibt die Mitgliedschaft vor dem 1. Oktober 1906 ohne Anrechnung.

2. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt nach einer Mitgliedschaftsdauer — jedoch nur ab 1. Oktober 1906 gerechnet — von:

Beitragswochen	Für männliche Mitglieder	Für weibliche Mitglieder
52	4 Mk. auf 4 Wochen	3 Mk. auf 4 Wochen
156	4 „ „ 5 „	3 „ „ 5 „
260	4 „ „ 6 „	3 „ „ 6 „
416	4 „ „ 7 „	3 „ „ 7 „
520	4 „ „ 8 „	3 „ „ 8 „

3. Die Gesamtsumme der innerhalb eines Jahres (52 aufeinanderfolgende Wochen) zu erhebenden Erwerbslosenunterstützung darf bei einer Mitgliedschaftsdauer von:

Beitragswochen	Für männliche Mitglieder	Für weibliche Mitglieder
52	16 Mk.	12 Mk.
156	20 „	15 „
260	24 „	18 „
416	28 „	21 „
520	32 „	24 „

nicht übersteigen. Ein Mitglied kann nur dann in der Erwerbslosenunterstützung erhalten, wenn vom jeweiligen Erhebungsstage 52 Beitragswochen zurückgerechnet (beitragsfreie Marken bleiben ungezählt) die Jahressumme in dieser Zeit von ihm noch nicht voll erhoben ist.

4. Für die älteste Zeit, vom 29. September 1907 bis 29. September 1909, also für die vom 1. Oktober 1906 ab zu zahlende 53. bis 156. Woche, sind demnach nur in 52 aufeinander folgenden Wochen 16 Mk. für männliche und 12 Mk. für weibliche Mitglieder zu zahlen. Die höhere Unterhaltungsstufe für 5 anstatt 4 Wochen, insgesamt demnach 20 Mk. für männliche und 15 Mk. für weibliche Mitglieder, kommt erst mit der ab 1. Oktober 1906 oder vom späteren Eintrittsdatum gezählten 157. Woche zur Auszahlung.

5. Für die aus anderen Organisationen Hebergetretenen wird die höhere Mitgliedschaft auf den Bezug von Erwerbslosenunterstützung gleichfalls nur vom 1. Oktober 1906 ab in Anrechnung gebracht. Hat der Hebergetretene in seiner alten Organisation während der letzten 52 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen, so ist diese, wenn sie 10 resp. 12 Mk. nicht übersteigt, mit in Anschlag zu bringen und die Marenzzeit demgemäß zu berechnen. Erreicht die letzte Unterstützung die Höhe von 10 resp. 12 Mk., so kommt für diese Mitglieder die Berechnung der vollen Marenzzeit, 52 Beitragswochen vom Tage der letzten Unterstützungsauszahlung ab, in Betracht.

6. Für Sonntage wird keine Unterstützung gezahlt; für die in die Woche fallenden Feiertage in die Unterstützung zu verabsolgen.

7. Bei der Unterstützungsberechnung sind den männlichen Mitgliedern für den einzelnen Tag 67 Pf., für zwei Tage 1,33 Mk., für drei Tage 2 Mk., für vier Tage 2,67 Mk., für fünf Tage 3,33 Mk. und für sechs Tage 4 Mk. zu zahlen. Weibliche Mitglieder erhalten für den einzelnen Tag 50 Pf.

#### Auszahlung der Unterstützung.

1. Die Auszahlung der Unterstützung geschieht allwöchentlich durch den Kassaführer nach erfolgter Prüfung auf den hierfür ausgegebenen Formularen. Ausnahmen hierfür können nur für Mitglieder gemacht werden, welche in einer Seilanstalt untergebracht sind.

2. Bei jedesmaliger Unterstützungsauszahlung ist das Mitgliedsbuch zum Zwecke der Eintragung vorzulegen. Ohne Vorlegung des Mitgliedsbuches ist jede Unterstützungsauszahlung unstatthaft.

#### Beitragszahlung während des Unterstützungsbezuges.

1. Wenn Bezug von Erwerbslosenunterstützung hat das Mitglied den ortsüblichen Beitrag weiter zu zahlen. (§ 10 Abs. 1a und b des Statuts.)

2. Einmal reinerende Wochenbeiträge sind bei der ersten Unterstützungsauszahlung in Abzug zu bringen.

#### Meldung der Erwerbsunfähigkeit.

1. Jedes Mitglied hat sich in Krankheitsfällen spätestens nach drei Tagen und bei Arbeitslosigkeit sofort schriftlich oder mündlich, unter Vorlegung seines Mitgliedsbuches, in der Geschäftsstelle des Verbandes zu melden.

2. Verpätete Meldung zieht den Verlust der Unterstützung für die fragliche Zeit nach sich.

3. Als Beginn der Arbeitslosigkeit gilt ausschließlich der Tag der Anmeldung unter Angabe der Ursache und unter Vorlegung des Nachweises der Arbeitslosigkeit.

4. Als Beginn der Krankheit gilt der Tag der Erkrankung. Bei verspäteter Meldung jedoch nur der vor ihr zurückliegende dritte Tag. Eine Abweichung von dieser Bestimmung ist nur bei nachgewiesener Verbindung durch vollständige Arbeitslosigkeit zulässig.

#### Kontrolle der Unterstützungsempfänger.

1. Jedes erwerbsfähige Mitglied, gleichviel, ob arbeitslos oder krank, hat während der Dauer seines Unterstützungsbezuges allwöchentlich den Nachweis über die noch bestehende Erwerbsunfähigkeit zu führen, sofern es nicht durch Behandlung in einer Seilanstalt daran verhindert ist.

2. Wohnungswechsel ist der Ortsverwaltung sofort zu melden.

3. Kranke Mitglieder haben ihre Krankheit sobald wie möglich, spätestens aber bei Erhebung der ersten Unterstützung durch ärztliches Zeugnis oder sonst glaubhaft nachzuweisen.

4. Der Vorweis ärztlicher Zeugnisse für arbeitslos anerkannte Krankheitsfälle gilt hierbei auch als erbrachter Krankheitsnachweis.

5. Für die in Krankenhäusern oder sonstigen Seilanstalten untergebrachten Mitglieder kann der Krankheitsnachweis für die Gesamtzeit der für die Unterstützungsauszahlung in Frage kommenden Wochen summarisch erbracht werden.

6. Als Nachweis für die Arbeitslosigkeit gilt der Entlassungschein oder die Invalidenkarte.

7. Arbeitslose Mitglieder haben sich zum Zwecke der Kontrollierung mindestens einmal täglich (außer Sonn- und Feiertagen) bei ihrer

Ertsleitung, und zwar persönlich zu melden oder sich in eine von der Ortsleitung ausgelagerte Kontrollkarte einzugedruckten.

8. Jedes arbeitslose Mitglied muß sich im Besitze einer Kontrollkarte befinden, welche seitens der Ortsleitung auszufüllen und dem Mitgliede zu beibringen ist. Die Kontrollkarte muß alltäglich zur Abrempelung vorgelegt werden. Die Abrempelung hat durch den Verbandsfunktionär in der in Frage kommenden Rubrik zu erfolgen. Kontrollentziehung bedingt den Verlust der Unterstützung für den betreffenden Tag.

9. Befreiung von der Verpflichtung täglicher Meldung ist nur ausnahmsweise zu erteilen. Der in solchen Fällen zwischen zwei Meldungen liegende Zeitraum darf zwei Tage nicht übersteigen. Eine Kontrollbefreiung über zwei Tage hinaus ist nur in ganz dringenden Fällen (Todesfall eines Angehörigen, Woberechnung lebendiger Termine usw.) zu gewähren.

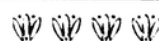
10. Bei der Kontrolle durch die Verbandsfunktionäre resp. durch ihre Vertreter ist die statthabende Kontrolle der Arbeitslosen regelmäßig und sofort in das Kontrollbuch der Ortsleitung durch Abrempelung einzutragen.

11. Die Wahl der Tagesstunden und des Kontrollorts bleibt den Verbandsfunktionären überlassen. Die Kontrollzeit ist jedoch so zu wählen, daß sie in der sonst üblichen Arbeitszeit und nicht in die Pausen fällt. Zu empfehlen ist die Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags.

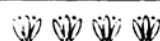
Der Verbandsvorstand.  
H. Albin Wob.

#### Briefkasten.

1. Hannover. Der eingehende Bericht ist zu kurz und kann daher nicht abgedruckt werden. H. Gr. E. D.  
Rhens. Bericht von der Konferenz; mühte wegen Raum-mangels zurückgestellt werden und folgt in der nächsten Nummer. H. Gr. E. D.



#### Anzeigen



#### Totenliste des Verbandes.

Heinrich Karl Schoof, Hamburg.

† 14. September 1907 im Alter von 57 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Nummer 35 der „Gewerkschaft“ 1907 ist total vergriffen. Wir ersuchen die Filialen, soweit sie im Besitze über-schüssiger Nummern sind, solche umgehend an uns einzenden zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

#### Filiale Hamburg-Altona

Sonntag, den 20. Oktober 1907:

## Stiftungs-Fest

mit Konzert, Theater, Vorträgen und Ball

in allen Sälen des Gewerkschaftshauses

## Großartiges Fest-Programm

bestehend in

Theatervorstellung, Rezitationen

und humoristischen Vorträgen

Einführungskarte für jede Person 20 Pf. Anfang der Festlichkeit nachmittags 4 Uhr. Alle Verbandsstellen, Freunde und ihre Familien sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.